Bundesgesetzblatt

145

Teil II G 1998

2021 **Ausgegeben zu Bonn am 9. Februar 2021** **Nr. 3**

Tag	Inhalt	Seite
13. 1.2021	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisationen der Vereinten Nationen	146
18. 1.2021	Bekanntmachung der deutsch-amerikanischen Vereinbarung über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen „Beshenich Muir & Associates, LLC“ (Nr. DOCPER-AS-134-02)	146
18. 1.2021	Bekanntmachung der deutsch-amerikanischen Vereinbarung über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen „Appereon Business Solutions, Inc.“ (Nr. DOCPER-TC-78-01)	149
19. 1.2021	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika (SADC) über Finanzielle Zusammenarbeit	152
20. 1.2021	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Stockholmer Übereinkommens über persistente organische Schadstoffe (POPs-Übereinkommen)	155
21. 1.2021	Bekanntmachung zum Übereinkommen über die Erhaltung der europäischen wild lebenden Pflanzen und Tiere und ihrer natürlichen Lebensräume	155
21. 1.2021	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung des Terrorismus	156
22. 1.2021	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Zusatzprotokolls zum Übereinkommen des Europarats zur Verhütung des Terrorismus	156
22. 1.2021	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Änderungen von 1995 und 1998 des Basler Übereinkommens vom 22. März 1989 über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung	157
22. 1.2021	Bekanntmachung des deutsch-ukrainischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	157
29. 1.2021	Bekanntmachung über das Außerkrafttreten der Durchführungsvereinbarung zum Streitkräfteaufenthaltsabkommen Deutschland – Singapur betreffend die Ausbildung von Mitgliedern der Streitkräfte von Singapur in den Ausbildungseinrichtungen der Bundeswehr in Munster und Bergen	159
29. 1.2021	Bekanntmachung der Änderungsvereinbarung zur Durchführungsvereinbarung zum Streitkräfteaufenthaltsabkommen Deutschland – Singapur betreffend die Nutzung der Ausbildungseinrichtungen der Bundeswehr in Munster und Bergen durch Mitglieder der Streitkräfte von Singapur	160
2. 2.2021	Bekanntmachung von Änderungen der Ausführungsordnung zum Patentzusammenarbeitsvertrag	162

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
Postanschrift: 11015 Berlin
Hausanschrift: Mohrenstraße 37, 10117 Berlin
Telefon: (0 30) 18 580-0

Redaktion: Bundesamt für Justiz
Schriftleitungen des Bundesgesetzblatts Teil I und Teil II
Postanschrift: 53094 Bonn
Hausanschrift: Adenauerallee 99 – 103, 53113 Bonn
Telefon: (02 28) 99 410-40

Verlag: Bundesanzeiger Verlag GmbH
Postanschrift: Postfach 10 05 34, 50445 Köln
Hausanschrift: Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln
Telefon: (02 21) 9 76 68-0

Satz, Druck: M. DuMont Schauberg, Köln

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,

b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:
Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln
Telefon: (02 21) 9 76 68-2 82, Telefax: (02 21) 9 76 68-1 40
E-Mail: bgbl@bundesanzeiger.de, Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich im Abonnement je 85,00 €. Bezugspreis dieser Ausgabe: 6,05 € (5,00 € zuzüglich 1,05 € Versandkosten). Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7 %.

ISSN 0341-1109

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisationen der Vereinten Nationen

Vom 13. Januar 2021

Luxemburg hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 18. Dezember 2020 notifiziert, dass es die Bestimmungen des Abkommens vom 21. November 1947 über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisationen der Vereinten Nationen (BGBl. 1954 II S. 639, 640, 653; 1971 II S. 129, 131; 1979 II S. 812, 813; 1988 II S. 979, 980; 2010 II S. 782, 783) nach seinem Artikel XI § 43 mit Wirkung vom 18. Dezember 2020 auf folgende weitere Organisation anwendet:

– Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) – Anlage XV – vom 19. Oktober 1977.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 11. November 2020 (BGBl. II S. 1171).

Berlin, den 13. Januar 2021

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Christophe Eick

Bekanntmachung der deutsch-amerikanischen Vereinbarung über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen „Beshenich Muir & Associates, LLC“ (Nr. DOCPER-AS-134-02)

Vom 18. Januar 2021

Nach Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens vom 3. August 1959 zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen in der durch das Abkommen vom 21. Oktober 1971, die Vereinbarung vom 18. Mai 1981 und das Abkommen vom 18. März 1993 geänderten Fassung (BGBl. 1961 II S. 1183, 1218; 1973 II S. 1021, 1022; 1982 II S. 530, 531; 1994 II S. 2594, 2598) ist in Berlin durch Notenwechsel vom 10. Juni 2020 eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen „Beshenich Muir & Associates, LLC“ (Nr. DOCPER-AS-134-02) geschlossen worden. Die Vereinbarung ist nach ihrer Inkrafttretensklausel

am 10. Juni 2020

in Kraft getreten; die deutsche Antwortnote wird nachstehend veröffentlicht.

Berlin, den 18. Januar 2021

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Joachim Bertele

Auswärtiges Amt Berlin, 10. Juni 2020

Verbalnote

Das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland beehrt sich, den Eingang der Verbalnote Nummer 106 der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika vom 10. Juni 2020 zu bestätigen, die wie folgt lautet:

„Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika beehrt sich, dem Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland unter Bezugnahme auf die Vereinbarung zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an Unternehmen, die mit Dienstleistungen auf dem Gebiet analytischer Tätigkeiten für die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten beauftragt sind (Rahmenvereinbarung), bewirkt durch den Notenwechsel vom 29. Juni 2001, in der jeweils geltenden Fassung Folgendes mitzuteilen:

Zur Erbringung von Dienstleistungen für die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten hat die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika mit dem Unternehmen Beshenich Muir & Associates, LLC (Auftragnehmer) einen Vertrag über die Erbringung von analytischen Dienstleistungen auf der Grundlage der beigefügten Vertragsniederschrift Nummer DOCPER-AS-134-02 (Vertrag) geschlossen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika würde es begrüßen, wenn dem Auftragnehmer zur Erleichterung der Tätigkeit Befreiungen und Vergünstigungen nach Artikel 72 des Zusatzabkommens vom 3. August 1959 zum NATO-Truppenstatut (ZA-NTS) gewährt werden könnten, und schlägt deshalb der Regierung der Bundesrepublik Deutschland vor, eine Vereinbarung nach Artikel 72 Absatz 4 des ZA-NTS zu schließen, die folgenden Wortlaut haben soll:

1. Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika bestätigt hiermit, dass die Vereinigten Staaten von Amerika mit dem Auftragnehmer den beigefügten Vertrag über die Erbringung folgender Dienstleistungen geschlossen haben:

   Der Auftragnehmer erbringt Planung, Koordinierung, Ausführung und Berichterstattung in Zusammenhang mit einsatzbezogener Informationssicherung (Cybersicherheit) sowie Interoperabilitätsbewertungen mit Analyse der Auftragsgewährleistung bei Übungen oder anderen Veranstaltungen der Kampfkommandos und des Heeres. Informationssicherung schließt Maßnahmen zum Schutz und zur Verteidigung von Informationen und Informationssystemen ein. Bei Interoperabilität handelt es sich um die Fähigkeit unterschiedlicher IT-Systeme und Softwareanwendungen, miteinander zu kommunizieren, Daten auszutauschen und die ausgetauschten Informationen anzuwenden. Auftragsgewährleistung ist die Fähigkeit der Ausführenden, ihren Auftrag zu erfüllen, entscheidende Prozesse fortzusetzen und Menschen und Material bei internen und externen Angriffen zu schützen. Diese Dienstleistungen umfassen Unterstützung bei der Planung von Übungen, Erhebung und Auswertung von Daten und entsprechende Rückmeldung sowie die Koordinierung vor Ort für das Europäische Kommando der Vereinigten Staaten (USEUCOM) und das Afrikanische Kommando der Vereinigten Staaten (USAFRICOM) und Verbindungsaufgaben gegenüber anderen Kommandobereichen.

   Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika verlangt, dass alle Beschäftigten des Auftragnehmers vor Aufnahme ihrer Arbeit an dieser Aufgabe Schulungen und Zertifizierungen durchlaufen. Der Schwerpunkt dieser Schulungen hat darin zu liegen, den Beschäftigten des Auftragnehmers die Tatsache bewusst zu machen und sie genau darin zu unterweisen, dass der autorisierte Arbeitsbereich für diese Aufgabe lediglich solche Tätigkeiten innerhalb der Bundesrepublik Deutschland umfassen darf, die unter Einhaltung deutschen Rechts durchgeführt werden können. Der Auftragnehmer ergreift alle erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass seine Beschäftigten deutsches Recht einhalten. Zu diesem Zweck hat die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika folgende Schritte zu unternehmen:

   1.) Sie verlangt von dem Auftragnehmer eine Bestätigung, dass alle Beschäftigten des Auftragnehmers die erforderlichen Schulungen und Zertifizierungen vollständig durchlaufen;

   2.) sie stellt sicher, dass der Auftragnehmer und alle seine Beschäftigten den Tätigkeitsbereich und dessen Grenzen nach dem Vertrag kennen und ihnen bewusst ist, dass Verstöße gegen deutsches Recht dazu führen können, dass der Auftragnehmer und seine Beschäftigten vorbehaltlich einer Notifikation und eines ordnungsgemäßen Verfahrens ihre Rechtsstellung nach dem NATO-Truppenstatut und alle damit verbundenen Vorrechte verlieren;

3.) sie verlangt unverzügliche Berichte an die Vertreter der Truppen der Vereinigten Staaten in der Bundesrepublik Deutschland über jegliches Verhalten, das eine Missachtung deutschen Rechts darstellt, und

4.) sie verlangt einen monatlichen Bericht durch die Beschäftigten des Auftragnehmers und das Programm-Management-Personal, um zu bescheinigen, dass alle im Berichtszeitraum durchgeführten Tätigkeiten unter Einhaltung deutschen Rechts durchgeführt wurden.

Der Vertrag umfasst die folgende Tätigkeit beziehungsweise die folgenden Tätigkeiten: „Military Analyst“ (Anhang II Nummer 4 der Rahmenvereinbarung).

2. Unter Bezugnahme auf die Rahmenvereinbarung und nach den darin vereinbarten Rahmenbedingungen, vor allem Nummer 4, werden dem Auftragnehmer die Befreiungen und Vergünstigungen nach Artikel 72 Absatz 1 Buchstabe b des ZA-NTS gewährt.

3. Der Auftragnehmer wird in der Bundesrepublik Deutschland ausschließlich für die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten tätig.

4. Nach Maßgabe der unter Nummer 6 der Rahmenvereinbarung genannten Bestimmungen, insbesondere auch der Beschränkungen nach Artikel 72 Absatz 5 Buchstabe b des ZA-NTS, werden Beschäftigten des Auftragnehmers, deren Tätigkeit beziehungsweise Tätigkeiten unter Nummer 1 genannt sind, wenn sie ausschließlich für diesen Auftragnehmer tätig sind, die gleichen Befreiungen und Vergünstigungen gewährt wie Mitgliedern des zivilen Gefolges der Truppen der Vereinigten Staaten, es sei denn, dass die Vereinigten Staaten von Amerika solche Befreiungen und Vergünstigungen beschränken.

5. Für die Verfahren zur Gewährung dieser Befreiungen und Vergünstigungen gelten die Bestimmungen der Rahmenvereinbarung.

6. Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika erklärt hiermit, dass bei der Durchführung des Vertrags über die Erbringung der unter Nummer 1 genannten Dienstleistungen das deutsche Recht eingehalten wird. Ferner trifft sie alle erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass der Auftragnehmer, seine Unterauftragnehmer und ihre Beschäftigten bei der Erbringung der unter Nummer 1 genannten Dienstleistungen das deutsche Recht einhalten.

7. Diese Vereinbarung tritt an dem Tag außer Kraft, an dem der Vertrag ausläuft, sofern die Regierung der Bundesrepublik Deutschland nicht mindestens zwei Wochen vor Ablauf des Vertrags einen Vorschlag zur weiteren Gewährung der Befreiungen und Vergünstigungen in Form eines Entwurfs einer einleitenden Note erhält. In Ausnahmefällen kann die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die Einreichung des Entwurfs der einleitenden Note noch nach dieser Frist, jedoch vor Ablauf des Vertrags, annehmen. Erhält die Regierung der Bundesrepublik Deutschland den Vorschlag mindestens zwei Wochen vor Ablauf des Vertrags oder nimmt sie den nach diesem Datum erhaltenen Entwurf der einleitenden Note an, so genießen die Beschäftigten weiterhin bis zum Austausch der Noten oder bis zur endgültigen Entscheidung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, keine Noten zu dem Vertrag auszutauschen, die nach dieser Vereinbarung gewährten Befreiungen und Vergünstigungen, jedoch nicht länger als zwei Monate. Eine Zusammenfassung des Vertrags mit einer Laufzeit vom 2. März 2018 bis 28. Februar 2021 (Memorandum for Record) ist dieser Verbalnote beigefügt. Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika stellt der Regierung der Bundesrepublik Deutschland eine einfache Kopie des Vertrags zur Verfügung. Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika teilt der Regierung der Bundesrepublik Deutschland die Beendigung oder Verlängerung des Vertrags unverzüglich mit.

8. Für den Fall, dass der Auftragnehmer nicht im Einklang mit den Bestimmungen der Rahmenvereinbarung oder der vorliegenden Vereinbarung handelt, kann eine Vertragspartei der vorliegenden Vereinbarung diese jederzeit nach vorhergehenden Konsultationen durch Notifikation kündigen; die vorliegende Vereinbarung tritt drei Monate nach Eingang der Notifikation bei der anderen Vertragspartei außer Kraft.

9. Der englische und deutsche Wortlaut dieser Vereinbarung ist gleichermaßen verbindlich.

Falls sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit den unter den Nummern 1 bis 9 gemachten Vorschlägen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika einverstanden erklärt, werden diese Verbalnote und die das Einverständnis der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zum Ausdruck bringende Antwortnote des Auswärtigen Amts der Bundesrepublik Deutschland eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 72 Absatz 4 des ZA-NTS bilden, die am 10. Juni 2020 in Kraft tritt.

Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika benutzt diesen Anlass, das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland erneut ihrer ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.“

Das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland beehrt sich, der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika mitzuteilen, dass sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit den Vorschlägen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika einverstanden erklärt. Demgemäß bilden die Verbalnote der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika Nummer 106 vom 10. Juni 2020 und diese Antwortnote eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika nach Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens vom 3. August 1959 zum NATO-Truppenstatut (ZA-NTS), die am 10. Juni 2020 in Kraft tritt und deren deutscher und englischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland benutzt diesen Anlass, die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika erneut seiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.

An die
Botschaft der
Vereinigten Staaten von Amerika

Berlin

Bekanntmachung der deutsch-amerikanischen Vereinbarung über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen „Appereon Business Solutions, Inc.“ (Nr. DOCPER-TC-78-01)

Vom 18. Januar 2021

Nach Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens vom 3. August 1959 zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen in der durch das Abkommen vom 21. Oktober 1971, die Vereinbarung vom 18. Mai 1981 und das Abkommen vom 18. März 1993 geänderten Fassung (BGBl. 1961 II S. 1183, 1218; 1973 II S. 1021, 1022; 1982 II S. 530, 531; 1994 II S. 2594, 2598) ist in Berlin durch Notenwechsel vom 10. Juni 2020 eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen „Appereon Business Solutions, Inc.“ (Nr. DOCPER-TC-78-01) geschlossen worden. Die Vereinbarung ist nach ihrer Inkrafttretensklausel

am 10. Juni 2020

in Kraft getreten; die deutsche Antwortnote wird nachstehend veröffentlicht.

Berlin, den 18. Januar 2021

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Joachim Bertele

Auswärtiges Amt Berlin, 10. Juni 2020

Verbalnote

Das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland beehrt sich, den Eingang der Verbalnote Nummer 307 der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika vom 10. Juni 2020 zu bestätigen, die wie folgt lautet:

„Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika beehrt sich, dem Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland unter Bezugnahme auf die Vereinbarung zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an Unternehmen, die mit Dienstleistungen auf dem Gebiet der Truppenbetreuung für die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten beauftragt sind (Rahmenvereinbarung), bewirkt durch den Notenwechsel vom 27. März 1998, in der jeweils geltenden Fassung Folgendes mitzuteilen:

Zur Erbringung von Dienstleistungen für die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten, die Mitglieder ihres zivilen Gefolges sowie die Angehörigen beider im Sinne des NATO-Truppenstatuts hat die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika mit dem Unternehmen Appereon Business Solutions, Inc. (Auftragnehmer) einen Vertrag über die Erbringung von Dienstleistungen auf dem Gebiet der Truppenbetreuung auf der Grundlage der beigefügten Vertragsniederschrift Nummer DOCPER-TC-78-01 (Vertrag) geschlossen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika würde es begrüßen, wenn dem Auftragnehmer zur Erleichterung der Tätigkeit Befreiungen und Vergünstigungen nach Artikel 72 des Zusatzabkommens vom 3. August 1959 zum NATO-Truppenstatut (ZA-NTS) gewährt werden könnten, und schlägt deshalb der Regierung der Bundesrepublik Deutschland vor, eine Vereinbarung nach Artikel 72 Absatz 4 des ZA-NTS zu schließen, die folgenden Wortlaut haben soll:

1. Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika bestätigt hiermit, dass die Vereinigten Staaten von Amerika mit dem Auftragnehmer den beigefügten Vertrag über die Erbringung folgender Dienstleistungen geschlossen haben:

   Der Auftragnehmer erbringt Unterstützungsdienstleistungen in den Bereichen Ressourcen und Training für das Programm für Militärgemeinde und Familienpolitik und ist zuständig für Einführung und Wirksamkeitsbewertung von Aktivitäten im Rahmen des an Familien gerichteten Programms zur Stärkung der Belastbarkeit (Families OverComing Under Stress, FOCUS). Dazu muss der Auftragnehmer Dienstleistungen in den Bereichen militärisch zentrierte Gemeindearbeit, Aufklärung, Zusammenarbeit und Training erbringen. Diese Dienstleistungen erfordern unter anderem das Eingehen auf die Bedürfnisse unterschiedlicher Militärfamilien, wie beispielsweise Paare, Familien mit kleinen Kindern, Familienangehörige von Kämpfern im Genesungsprozess, Hinterbliebene sowie Familienangehörige, die an entlegenen oder weit entfernten Orten leben.

   Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika verlangt, dass in Bezug auf alle Aspekte der nach dem Vertrag erbrachten Dienstleistungen der Auftragnehmer und seine Beschäftigten deutsches Recht einhalten.

   Der Vertrag umfasst die folgende Tätigkeit beziehungsweise die folgenden Tätigkeiten: „Family Wellness Counselor“.

2. Unter Bezugnahme auf die Rahmenvereinbarung und nach den darin vereinbarten Rahmenbedingungen, vor allem Nummer 3, werden dem Auftragnehmer die Befreiungen und Vergünstigungen nach Artikel 72 Absatz 1 Buchstabe b des ZA-NTS gewährt.

3. Der Auftragnehmer wird in der Bundesrepublik Deutschland ausschließlich für die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten, die Mitglieder ihres zivilen Gefolges sowie die Angehörigen beider tätig.

4. Nach Maßgabe der unter Nummer 5 der Rahmenvereinbarung genannten Bestimmungen, insbesondere auch der Beschränkungen nach Artikel 72 Absatz 5 Buchstabe b des ZA-NTS, werden Beschäftigten des Auftragnehmers, deren Tätigkeit beziehungsweise Tätigkeiten unter Nummer 1 genannt sind, wenn sie ausschließlich für diesen Auftragnehmer tätig sind, die gleichen Befreiungen und Vergünstigungen gewährt wie Mitgliedern des zivilen Gefolges der Truppen der Vereinigten Staaten, es sei denn, dass die Vereinigten Staaten von Amerika solche Befreiungen und Vergünstigungen beschränken.

5. Für die Verfahren zur Gewährung dieser Befreiungen und Vergünstigungen gelten die Bestimmungen der Rahmenvereinbarung.

6. Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika erklärt hiermit, dass bei der Durchführung des Vertrags über die Erbringung der unter Nummer 1 genannten Dienstleistungen das deutsche Recht eingehalten wird. Ferner trifft sie alle erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass der Auftragnehmer, seine Unterauftragnehmer und

ihre Beschäftigten bei der Erbringung der unter Nummer 1 genannten Dienstleistungen das deutsche Recht einhalten.

7. Diese Vereinbarung tritt an dem Tag außer Kraft, an dem der Vertrag ausläuft, sofern die Regierung der Bundesrepublik Deutschland nicht mindestens zwei Wochen vor Ablauf des Vertrags einen Vorschlag zur weiteren Gewährung der Befreiungen und Vergünstigungen in Form eines Entwurfs einer einleitenden Note erhält. In Ausnahmefällen kann die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die Einreichung des Entwurfs der einleitenden Note noch nach dieser Frist, jedoch vor Ablauf des Vertrags, annehmen. Erhält die Regierung der Bundesrepublik Deutschland den Vorschlag mindestens zwei Wochen vor Ablauf des Vertrags oder nimmt sie den nach diesem Datum erhaltenen Entwurf der einleitenden Note an, so genießen die Beschäftigten weiterhin bis zum Austausch der Noten oder bis zur endgültigen Entscheidung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, keine Noten zu dem Vertrag auszutauschen, die nach dieser Vereinbarung gewährten Befreiungen und Vergünstigungen, jedoch nicht länger als zwei Monate. Eine Zusammenfassung des Vertrags mit einer Laufzeit vom 15. Mai 2017 bis 9. Juli 2021 (Memorandum for Record) ist dieser Verbalnote beigefügt. Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika stellt der Regierung der Bundesrepublik Deutschland eine einfache Kopie des Vertrags zur Verfügung. Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika teilt der Regierung der Bundesrepublik Deutschland die Beendigung oder Verlängerung des Vertrags unverzüglich mit.
8. Für den Fall, dass der Auftragnehmer nicht im Einklang mit den Bestimmungen der Rahmenvereinbarung oder der vorliegenden Vereinbarung handelt, kann eine Vertragspartei der vorliegenden Vereinbarung diese jederzeit nach vorhergehenden Konsultationen durch Notifikation kündigen; die vorliegende Vereinbarung tritt drei Monate nach Eingang der Notifikation bei der anderen Vertragspartei außer Kraft.
9. Der englische und deutsche Wortlaut dieser Vereinbarung ist gleichermaßen verbindlich.

Falls sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit den unter den Nummern 1 bis 9 gemachten Vorschlägen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika einverstanden erklärt, werden diese Verbalnote und die das Einverständnis der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zum Ausdruck bringende Antwortnote des Auswärtigen Amts der Bundesrepublik Deutschland eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 72 Absatz 4 des ZA-NTS bilden, die am 10. Juni 2020 in Kraft tritt.

Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika benutzt diesen Anlass, das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland erneut ihrer ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.“

Das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland beehrt sich, der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika mitzuteilen, dass sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit den Vorschlägen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika einverstanden erklärt. Demgemäß bilden die Verbalnote der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika Nummer 307 vom 10. Juni 2020 und diese Antwortnote eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika nach Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens vom 3. August 1959 zum NATO-Truppenstatut (ZA-NTS), die am 10. Juni 2020 in Kraft tritt und deren deutscher und englischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland benutzt diesen Anlass, die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika erneut seiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.

An die
Botschaft der
Vereinigten Staaten von Amerika

Berlin

Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika (SADC) über Finanzielle Zusammenarbeit

Vom 19. Januar 2021

Das in Gaborone am 25. November 2020 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika (SADC) über Finanzielle Zusammenarbeit 2019 ist nach seinem Artikel 5 Absatz 1

am 25. November 2020

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 19. Januar 2021

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Alois Schneider

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika (SADC) über Finanzielle Zusammenarbeit 2019

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika (SADC)

(im Folgenden gemeinsam als „Vertragsparteien“ und in der Einzahl als „Vertragspartei“ bezeichnet) –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und die Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika (SADC),

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

in dem Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in den Mitgliedstaaten der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika (SADC) beizutragen,

unter Bezugnahme auf das Protokoll der bilateralen Verhandlungen vom 6. November 2019 –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika (SADC) oder anderen, von beiden Vertragsparteien gemeinsam auszuwählenden Empfängern, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) Finanzierungsbeiträge in Höhe von bis zu 16 000 000 Euro (in Worten: sechzehn Millionen Euro) für nachstehende Vorhaben zu erhalten:

1. „TFCA Fazilität II“ in Höhe von bis zu 11 000 000 Euro (in Worten: elf Millionen Euro)
2. „Wildhüterausbildung in der SADC Region II“ in Höhe von bis zu 5 000 000 Euro (in Worten: fünf Millionen Euro),

wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit dieser Vorhaben festgestellt worden ist.

(2) Für das in Absatz 1 Nummer 1 genannte Vorhaben besteht Einvernehmen, dass der Finanzierungsbeitrag direkt durch die Internationale Union zur Erhaltung der Natur und der natürlichen Hilfsquellen (IUCN) als Empfängerin des Finanzierungsbeitrags und Durchführungsstelle des Vorhabens zu den zwischen der KfW und der Internationalen Union zur Erhaltung der Natur und der natürlichen Hilfsquellen (IUCN) zu vereinbarenden und von der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika (SADC) zu billigenden Bedingungen weitergeleitet wird, und ein Durchführungsvertrag zwischen der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika (SADC) und der Internationalen Union zur Erhaltung der Natur und der natürlichen Hilfsquellen (IUCN) geschlossen wird.

(3) Für das in Absatz 1 Nummer 2 genannte Vorhaben besteht Einvernehmen, dass der Finanzierungsbeitrag auf Grundlage eines Durchführungsvertrages zwischen der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika (SADC) und der Internationalen Union zur Erhaltung der Natur und der natürlichen Hilfsquellen (IUCN) an diese weitergeleitet wird.

(4) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika (SADC) zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung der in Absatz 1 genannten Vorhaben oder für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der in Absatz 1 genannten Vorhaben von der KfW zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung, sofern die darin enthaltenen Bestimmungen erfolgreich umgesetzt wurden.

Artikel 2

(1) Die Verwendung der in Artikel 1 Absatz 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der KfW und den Empfängern der Finanzierungsbeiträge zu schließenden Finanzierungsverträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

(2) Die Zusage der in Artikel 1 Absatz 1 genannten Beträge entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von vier Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechenden Finanzierungsverträge geschlossen wurden. Für diese Beträge endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2023.

Artikel 3

Die Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika (SADC) setzt sich bei den Regierungen ihrer Mitgliedstaaten dafür ein, dass die KfW von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben freigestellt wird, die im Zusammenhang mit dem Ab-

schluss und der Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 genannten Verträge in der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika (SADC) erhoben werden.

Artikel 4

Die Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika (SADC) setzt sich bei den Regierungen ihrer Mitgliedstaaten dafür ein, dass diese bei den sich aus den durch die Finanzierungsbeiträge abgedeckten Aktivitäten ergebenden und damit in Zusammenhang stehenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr die freie Wahl der Verkehrsunternehmen gewähren und keine Maßnahmen treffen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland an den Vorhaben ausschließen oder erschweren, und dass gegebenenfalls die für die Beteiligung dieser Unternehmen erforderlichen Genehmigungen erteilt werden.

Artikel 5

(1) Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

(2) Die Vertragsparteien können Änderungen dieses Abkommens vereinbaren.

(3) Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens werden durch die Vertragsparteien gütlich im Rahmen von Gesprächen beziehungsweise Verhandlungen beigelegt.

Geschehen zu Gaborone am 25. November 2020 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Margit Hellwig-Bötte

Für die Entwicklungsgemeinschaft
des Südlichen Afrika (SADC)
Dr. Stergomena Lawrence Tax

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Stockholmer Übereinkommens über persistente organische Schadstoffe (POPs-Übereinkommen)

Vom 20. Januar 2021

Indien* hat am 18. Dezember 2020 Erklärungen zum Stockholmer Übereinkommen vom 23. Mai 2001 über persistente organische Schadstoffe (BGBl. 2002 II S. 803, 804; 2009 II S. 1060, 1061) abgegeben.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 26. Februar 2020 (BGBl. II S. 179).

* Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu diesem Übereinkommen, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite der Vereinten Nationen unter http://treaties.un.org einsehbar. Gleiches gilt für die ggf. gemäß Übereinkommen zu benennenden Zentralen Behörden oder Kontaktstellen.

Berlin, den 20. Januar 2021

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Joachim Bertele

Bekanntmachung zum Übereinkommen über die Erhaltung der europäischen wild lebenden Pflanzen und Tiere und ihrer natürlichen Lebensräume

Vom 21. Januar 2021

Hinsichtlich des Übereinkommens vom 19. September 1979 über die Erhaltung der europäischen wild lebenden Pflanzen und Tiere und ihrer natürlichen Lebensräume (BGBl. II 1984 S. 618, 620) hat das Vereinigte Königreich* gegenüber dem Verwahrer die territoriale Anwendbarkeit des Übereinkommens nach Artikel 21 Absatz 2 auf Gibraltar erklärt, die mit Wirkung ab dem 18. Dezember 2020 in Kraft getreten ist.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 20. November 2013 (BGBl. II S. 1592).

* Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu diesem Übereinkommen, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite des Europarates unter http://conventions.coe.int einsehbar.

Berlin, den 21. Januar 2021

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Joachim Bertele

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung des Terrorismus

Vom 21. Januar 2021

Das Übereinkommen des Europarats vom 16. Mai 2005 zur Verhütung des Terrorismus (BGBl. 2011 II S. 300, 301) wird nach seinem Artikel 23 Absatz 4 für

San Marino am 1. Mai 2021

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 6. Juli 2018 (BGBl. II S. 320).

Berlin, den 21. Januar 2021

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Joachim Bertele

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Zusatzprotokolls zum Übereinkommen des Europarats zur Verhütung des Terrorismus

Vom 22. Januar 2021

Das Zusatzprotokoll vom 22. Oktober 2015 zum Übereinkommen des Europarats vom 16. Mai 2005 zur Verhütung des Terrorismus (BGBl. 2019 II S. 636, 637) wird nach seinem Artikel 10 Absatz 3 für

San Marino am 1. Mai 2021

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 30. Januar 2020 (BGBl. II S. 132).

Berlin, den 22. Januar 2021

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Joachim Bertele

Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Änderungen von 1995 und 1998 des Basler Übereinkommens vom 22. März 1989 über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung

Vom 22. Januar 2021

Die Änderungen von 1995 und 1998 des Basler Übereinkommens vom 22. März 1989 über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung (BGBl. 1994 II S. 2703, 2704; 2002 II S. 89, 90) werden nach Artikel 17 Absatz 5 des Übereinkommens für

Nicaragua am 13. April 2021

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 1. Juli 2020 (BGBl. II S. 527)

Berlin, den 22. Januar 2021

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Joachim Bertele

Bekanntmachung des deutsch-ukrainischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit

Vom 22. Januar 2021

Das Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Ministerkabinett der Ukraine über Finanzielle Zusammenarbeit (Zusagejahr 2016) Vorhaben „Wohnraum für Binnenflüchtlinge“ ist

am 3. Juni 2020

in Kiew unterzeichnet worden; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 22. Januar 2021

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Santiago Alonso Rodriguez

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Ministerkabinett der Ukraine über Finanzielle Zusammenarbeit (Zusagejahr 2016) Vorhaben „Wohnraum für Binnenflüchtlinge“

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

das Ministerkabinett der Ukraine

(im Weiteren: die Vertragsparteien) –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Ukraine,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

in dem Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Ukraine beizutragen,

unter Bezugnahme auf die Zusage der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland vom 7. Dezember 2016 (Verbalnote 394/2016), sowie auf das Protokoll der Verhandlungen über die Entwicklungszusammenarbeit zwischen der Regierung der Ukraine und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland vom 4. November 2016 in Berlin –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es dem Ministerrat der Ukraine oder anderen, von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) folgende Beträge zu erhalten:

1. Finanzierungsbeiträge in Höhe von bis zu 24 500 000 Euro (in Worten: vierundzwanzig Millionen fünfhunderttausend Euro) für das Vorhaben „Wohnraum für Binnenflüchtlinge“, einschließlich Berater zur Implementierung des Vorhabens, wenn nach Prüfung dessen Förderungswürdigkeit festgestellt und bestätigt worden ist, dass es als Vorhaben der sozialen Infrastruktur die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrages erfüllt,
2. einen Finanzierungsbeitrag in Höhe von bis zu 1 000 000 Euro (in Worten: eine Million Euro) für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung des unter Nummer 1 genannten Vorhabens.

Der Empfänger der Finanzierungsbeiträge ist das Ministerium für die Reintegration der zeitweilig besetzten Gebiete der Ukraine.

(2) Das in Absatz 1 genannte Vorhaben kann im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Ministerkabinett der Ukraine bis zum 31. Dezember 2019 durch andere Vorhaben ersetzt werden. Wird das in Absatz 1 dieses Artikels genannte Vorhaben durch andere Vorhaben ersetzt, das als Vorhaben des Umweltschutzes oder der sozialen Infrastruktur oder als Kreditgarantiefonds für mittelständische Betriebe oder als selbsthilfeorientierte Maßnahme zur Armutsbekämpfung oder als Maßnahme, die zur Verbesserung der gesellschaftlichen Stellung der Frau dient, die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzbeitrags erfüllt, so kann ein Finanzierungsbeitrag gewährt werden.

(3) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es dem Ministerkabinett der Ukraine zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung der in Absatz 1 dieses Artikels genannten Vorhabens oder weitere Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung des in Absatz 1 dieses Artikels genannten Vorhabens von der KfW zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

Artikel 2

(1) Die Verwendung der in Artikel 1 Absatz 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der KfW und dem Ministerkabinett der Ukraine beziehungsweise anderen Empfängern der Finanzierungsbeiträge zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

(2) Die in Absatz 1 dieses Artikels genannten Verträge sind mit dem Ministerkabinett der Ukraine abzustimmen und sehen unter anderem folgendes vor:

1. Anwendung des Schiedsversfahrens zur Beilegung von Streitigkeiten gemäß dem Reglement der Internationalen Handelskammer (ICC),
2. Verzicht auf Immunität in Gerichten und für den Fall, dass das Ministerkabinett der Ukraine als Empfänger der Finanzierungsbeiträge auftritt,
3. Klassifizierung seiner Handlungen hinsichtlich der Finanzierungsverträge (Schließung und Durchführung) als Handlungen im Bereich des privaten und nicht des öffentlichen Rechts. Dabei werden die Richtlinien für die Vergabe von Liefer- und Leistungsaufträgen in der Finanziellen Zusammenarbeit mit Partnerländern (Veröffentlichung durch die KfW im Mai 2007, zuletzt geändert im August 2016) sowie die Richtlinien für die Beauftragung von Consultants in der Finanziellen Zusammenarbeit mit Partnerländern (Veröffentlichung durch die KfW im August 2016) angewandt.

(3) Die Zusage der in Artikel 1 Absatz 1 genannten Beiträge entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von sechs Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechenden Finanzierungsverträge geschlossen wurden. Für diese Beträge endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2022

(4) Das Ministerkabinett der Ukraine, soweit sie nicht Empfänger der Finanzierungsbeiträge ist, wird etwaige Rückzahlungsansprüche, die aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Finanzierungsverträge entstehen können, gegenüber der KfW garantieren.

Artikel 3

(1) Vorgänge mit Finanzierungsbeiträgen, die im Zusammenhang mit diesem Vorhaben, einschließlich des Erwerbs und der Einfuhr von Waren, Arbeiten und Dienstleistungen, aus Mitteln der KfW bezahlt werden, werden von Steuern und Abgaben ausgenommen, die in der Ukraine erhoben werden. Dies gilt für alle KfW-Auszahlungsverfahren die zur Anwendung kommen.

(2) Die Mittel der in Artikel 1 dieses Abkommens genannten Finanzierungsbeiträge dürfen nicht zur Entrichtung von Steuern und Abgaben verwendet werden.

Artikel 4

Das Ministerkabinett der Ukraine überlässt bei den sich aus der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren.

Artikel 5

(1) Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem das Ministerkabinett der Ukraine der Regierung der Bundesrepublik Deutschland auf diplomatischem Weg mitgeteilt hat, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten dieses Abkommens erfüllt sind. Maßgebend ist das Datum des Eingangs der Mitteilung.

(2) Die Registrierung dieses Abkommens beim Sekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen wird unverzüglich nach seinem Inkrafttreten von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland veranlasst. Das Ministerkabinett der Ukraine wird unter Angabe der VN-Registrierungsnummer von der erfolgten Registrierung unterrichtet, sobald diese vom Sekretariat der Vereinten Nationen bestätigt worden ist.

(3) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jede Vertragspartei kann es jederzeit schriftlich auf diplomatischem Wege kündigen; die Kündigung wird 30 Tage nach Eingang der entsprechenden schriftlichen Mitteilung bei der anderen Vertragspartei wirksam.

(4) Jegliche Änderungen und Ergänzungen werden im gegenseitigen Einvernehmen der Vertragsparteien schriftlich in Form einzelner Protokolle, die untrennbarer Bestandteil des Abkommens sind, vorgenommen.

(5) Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens werden durch die Vertragsparteien durch gemeinsame Konsultationen und Verhandlungen beigelegt.

Geschehen zu Kiew am 3. Juni 2020 in zwei Urschriften, jede in deutscher und ukrainischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Anka Feldhusen

Für das Ministerkabinett der Ukraine
Oleksii Reznikov

Bekanntmachung über das Außerkrafttreten der Durchführungsvereinbarung zum Streitkräfteaufenthaltsabkommen Deutschland – Singapur betreffend die Ausbildung von Mitgliedern der Streitkräfte von Singapur in den Ausbildungseinrichtungen der Bundeswehr in Munster und Bergen

Vom 29. Januar 2021

Die in Singapur am 6. März 2009 unterzeichnete Durchführungsvereinbarung zwischen dem Bundesministerium der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und dem Verteidigungsministerium der Republik Singapur zum Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Singapur über den vorübergehenden Aufenthalt von Mitgliedern der Streitkräfte von Singapur im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland betreffend die Ausbildung von Mitgliedern der Streitkräfte von Singapur in den Ausbildungseinrichtungen der Bundeswehr in Munster und Bergen (BGBl. 2010 II S. 785) ist nach ihrem Artikel 15 Absatz 2 Satz 1

am 31. Dezember 2015

außer Kraft getreten.

Bonn, den 29. Januar 2021

Bundesministerium der Verteidigung
Im Auftrag
Conradi

Bekanntmachung der Änderungsvereinbarung zur Durchführungsvereinbarung zum Streitkräfteaufenthaltsabkommen Deutschland – Singapur betreffend die Nutzung der Ausbildungseinrichtungen der Bundeswehr in Munster und Bergen durch Mitglieder der Streitkräfte von Singapur

Vom 29. Januar 2021

Die in Leipzig am 15. September 2015 unterzeichnete Änderungsvereinbarung zur Durchführungsvereinbarung vom 6. März 2009 zwischen dem Bundesministerium der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und dem Verteidigungsministerium der Republik Singapur zum Abkommen vom 9. Januar 2009 (BGBl. 2009 II S. 265, 266) zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Singapur über den vorübergehenden Aufenthalt von Mitgliedern der Streitkräfte von Singapur im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland betreffend die Nutzung der Ausbildungseinrichtungen der Bundeswehr in Munster und Bergen durch Mitglieder der Streitkräfte von Singapur (BGBl. 2010 II S. 788) ist nach ihrem Artikel 8

am 15. September 2015

in Kraft getreten; sie wird nachstehend veröffentlicht.

Gleichzeitig wird bekanntgemacht, dass die Durchführungsvereinbarung vom 6. März 2009 (BGBl. 2010 II S. 788) in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 15. September 2015 (BGBl. 2021 II S. 160, 161) nach ihrem Artikel 13 Absatz 2 Satz 1

am 31. Dezember 2020

außer Kraft getreten ist.

Bonn, den 29. Januar 2021

Bundesministerium der Verteidigung
Im Auftrag
Conradi

Änderungsvereinbarung zur Durchführungsvereinbarung zwischen dem Bundesministerium der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und dem Verteidigungsministerium der Republik Singapur zum Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Singapur über den vorübergehenden Aufenthalt von Mitgliedern der Streitkräfte von Singapur im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland betreffend die Nutzung der Ausbildungseinrichtungen der Bundeswehr in Munster und Bergen durch Mitglieder der Streitkräfte von Singapur

Das Bundesministerium der Verteidigung
der Bundesrepublik Deutschland

und

das Verteidigungsministerium der Republik Singapur

im Folgenden als „Vertragsparteien“ bezeichnet –

im Hinblick auf Artikel 13 Absatz 2 der Durchführungsvereinbarung vom 6. März 2009 zwischen dem Bundesministerium der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und dem Verteidigungsministerium der Republik Singapur zum Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Singapur über den vorübergehenden Aufenthalt von Mitgliedern der Streitkräfte von Singapur im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland betreffend die Nutzung der Ausbildungseinrichtungen der Bundeswehr in Munster und Bergen durch Mitglieder der Streitkräfte von Singapur, nachstehend als „Durchführungsvereinbarung“ bezeichnet –

sind übereingekommen, die Durchführungsvereinbarung wie folgt zu ändern:

Artikel 1

Der Titel der Durchführungsvereinbarung wird wie folgt geändert:

„Munster“ wird durch „der Oberlausitz“ ersetzt.

Artikel 2

(1) Artikel 2 Absatz 1 wird geändert und erhält folgenden neuen Wortlaut:

„Die entsendende Vertragspartei nutzt den Truppenübungsplatz der aufnehmenden Vertragspartei in der Oberlausitz zum Zwecke der eigenen Ausbildung von Angehörigen ihrer Streitkräfte. Im Ausnahmefall kann die entsendende Vertragspartei im Rahmen freier Kapazitäten und Verfügbarkeiten den NATO Truppenübungsplatz in Bergen während der Nutzungszeiträume der Streitkräfte der aufnehmenden Vertragspartei mitnutzen. Die Ausbildung findet höchstens zweimal jährlich für einen Zeitraum von jeweils bis zu sieben Wochen einschließlich der Entsendung des Arbeitskommandos (Vorgeschobene Unterstützungsgruppe) durch die entsendende Vertragspartei vor und nach der Ausbildung statt. Zu diesem Zweck bietet die aufnehmende Vertragspartei Unterstützungsleistungen innerhalb ihres Hoheitsgebietes an. Die jeweiligen Unterstützungsleistungen sind abhängig von verfügbaren Ressourcen der aufnehmenden Vertragspartei. Es gelten im Übrigen die Nutzungsbestimmungen der jeweiligen Truppenübungsplatzkommandanturen.“

(2) In Artikel 2 Absatz 2 Satz 1 wird „ausschließlich auf den Truppenübungsplätzen der aufnehmenden Vertragspartei in Munster und Bergen“ durch „unbeschadet des Artikels 2 Absatz 1 Satz 2 auf dem Truppenübungsplatz der aufnehmenden Vertragspartei in der Oberlausitz“ ersetzt.

Artikel 3

Artikel 3 Absatz 1 wird geändert und erhält folgenden neuen Wortlaut:

„Im Rahmen der infrastrukturellen und logistischen Unterstützung durch die aufnehmende Vertragspartei werden auf Anforderung durch die entsendende Vertragspartei, soweit dort Kapazitäten vorhanden sind, sämtliche logistische Dienstleistungen als Teil des Host Nation Support (HNS) angeboten.“

Artikel 4

In Artikel 4 wird „zwölf“ durch „fünfundvierzig“ ersetzt und „(Vorgeschobene Unterstützungsgruppe)“ unmittelbar hinter dem Wort „Arbeitskommando“ eingefügt.

Artikel 5

(1) Artikel 5 erhält als neue Überschrift „Temporäre Koordinierungsstelle“.

(2) Artikel 5 wird geändert und erhält folgenden neuen Wortlaut:

„Die entsendende Vertragspartei richtet zur Koordinierung der Truppenübungsplatzaufenthalte in der Oberlausitz und in Bergen sowie zu deren erforderlichen Unterstützungsleistungen eine

temporäre Koordinierungsstelle bei der Truppenübungsplatzkommandantur in der Oberlausitz ein.“

Artikel 6

Artikel 10 wird geändert und erhält folgenden neuen Wortlaut:

„Austausch und Schutz von militärischen Verschlusssachen richten sich nach dem Abkommen vom 19. April 2001 zwischen dem Bundesministerium der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und dem Verteidigungsministerium der Republik Singapur über die Übermittlung und den gegenseitigen Schutz militärischer Verschlusssachen.“

Artikel 7

(1) In Artikel 13 Absatz 2 Satz 1 wird „2015“ durch „2020“ ersetzt.

(2) In Artikel 13 Absatz 4 Satz 2 wird unmittelbar nach dem Wort „nach“ „Artikel 10 (Schutz militärischer Verschlusssachen) und“ eingefügt.

Artikel 8

Diese Änderungsvereinbarung tritt mit Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Leipzig am 15. September 2015 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für das Bundesministerium der Verteidigung
der Bundesrepublik Deutschland
R. Zudrop

Für das Verteidigungsministerium
der Republik Singapur
Lim Hock Yu

Bekanntmachung von Änderungen der Ausführungsordnung zum Patentzusammenarbeitsvertrag

Vom 2. Februar 2021

Die Versammlung des Verbands für die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens (PCT-Verband) hat am 9. Oktober 2019 Änderungen der Ausführungsordnung zum Vertrag vom 19. Juni 1970 über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens (BGBl. 1976 II S. 649, 664, 721) beschlossen. Die Änderungen werden auf Grund des Artikels X Nummer 2 des Gesetzes vom 21. Juni 1976 über internationale Patentübereinkommen (BGBl. 1976 II S. 649) nachstehend bekannt gemacht.

Die Änderungen sind am 1. Juli 2020 in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 28. Oktober 2019 (BGBl. II S. 1062, 1063).

Berlin, den 2. Februar 2021

Bundesministerium
der Justiz und für Verbraucherschutz
Im Auftrag
Dr. Christian Meyer-Seitz

Änderungen der Ausführungsordnung zum Vertrag über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens (PCT)

Angenommen am 9. Oktober 2019 von der Versammlung des Verbands für die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens (PCT-Verband) auf ihrer einundfünfzigsten (22. ordentlichen) Tagung vom 30. September bis 9. Oktober 2019 mit Wirkung vom 1. Juli 2020

Amendments to the Regulations under the Patent Cooperation Treaty (PCT)

Adopted on October 9, 2019, by the Assembly of the International Patent Cooperation Union (PCT Union) at its Fifty-First (22nd Ordinary) Session held from September 30 to October 9, 2019, with effect from July 1, 2020

Modifications du règlement d'exécution du Traité de coopération en matière de brevets (PCT)

adoptées le 9 octobre 2019 par l'Assemblée de l'Union internationale de coopération en matière de brevets (Union du PCT) à sa cinquante et unième session (22e session ordinaire) tenue du 30 septembre au 9 octobre 2019 avec effet à partir du 1er juillet 2020

Table of Amendments[1]	**Table des modifications**[1]	**Liste der Änderungen**[1]
Rule 4.18	Règle 4.18	Regel 4.18
Rule 12.1*bis*	Règle 12.1*bis*	Regel 12.1*bis*
Rule 15.2	Règle 15.2	Regel 15.2
Rule 16.1	Règle 16.1	Regel 16.1
Rule 20.5	Règle 20.5	Regel 20.5
Rule 20.5*bis*	Règle 20.5*bis*	Regel 20.5*bis*
Rule 20.6	Règle 20.6	Regel 20.6

[1] The amendments to Rule 82*quater* shall apply to any time limit to which Rule 82*quater*.2(a) applies that expires on or after July 1, 2020.

New Rule 26*quater* shall apply to any international application the international filing date of which is on or after July 1, 2020.

The amendments to Rules 4, 12, 20, 48, 51*bis*, 55 and 82*ter* and new Rule 40*bis* shall apply to any international application in respect of which one or more elements referred to in Article 11(1)(iii) were first received by the receiving Office on or after July 1, 2020.

The amendments to Rules 15, 16, 57 and 96 shall apply to any international application for which fees will be transferred by the collecting office on or after July 1, 2020, including those collected under Rule 16 as it applies by virtue of Rule 45*bis*.3(b).

The amendments to Rules 71 and 94 shall apply to any document received at or established by the International Preliminary Examining Authority on or after July 1, 2020.

[1] Les modifications de la règle 82*quater* s'appliqueront à tout délai auquel s'applique la règle 82*quater*.2.a) qui expire le 1er juillet 2020 ou à une date postérieure.

La nouvelle règle 26*quater* s'appliquera à toute demande internationale dont la date de dépôt international est le 1er juillet 2020 ou une date postérieure.

Les modifications des règles 4, 12, 20, 48, 51*bis*, 55 et 82*ter* et la nouvelle règle 40*bis* s'appliqueront à toute demande internationale pour laquelle un ou plusieurs des éléments visés à l'article 11.1)iii) ont été initialement reçus par l'office récepteur le 1er juillet 2020 ou à une date postérieure.

Les modifications des règles 15, 16, 57 et 96 s'appliqueront à toute demande internationale pour laquelle la date à laquelle les taxes sont transférées par l'office percepteur est le 1er juillet 2020 ou une date postérieure, y compris les taxes collectées selon la règle 16 applicable en vertu de la règle 45*bis*.3.b).

Les modifications des règles 71 et 94 s'appliqueront à tout document reçu ou établi par l'administration chargée de l'examen préliminaire international le 1er juillet 2020 ou à une date postérieure.

[1] Die Änderungen der Regel 82*quater* finden auf jede Frist Anwendung, auf die Regel 82*quater*.2 Absatz a anzuwenden ist, die am 1. Juli 2020 oder zu einem späteren Datum abläuft.

Die neue Regel 26*quater* findet Anwendung auf internationale Anmeldungen, deren internationales Anmeldedatum der 1. Juli 2020 oder ein späteres Datum ist.

Die Änderungen der Regeln 4, 12, 20, 48, 51*bis*, 55 und 82*ter* und die neue Regel 40*bis* finden Anwendung auf internationale Anmeldungen, hinsichtlich der ein oder mehrere in Artikel 11 Absatz 1 Ziffer iii genannte Bestandteile erstmals am 1. Juli 2020 oder zu einem späteren Datum beim Anmeldeamt eingegangen sind.

Die Änderungen der Regeln 15, 16, 57 und 96 finden Anwendung auf internationale Anmeldungen, für welche vom gebühreneinziehenden Amt am 1. Juli 2020 oder zu einem späteren Datum Gebühren überwiesen werden, einschließlich der Gebühren, die nach der gemäß Regel 45*bis*.3 Absatz b anzuwendenden Regel 16 eingezogen werden.

Die Änderungen der Regeln 71 und 94 finden Anwendung auf jede Unterlage, die am 1. Juli 2020 oder zu einem späteren Datum bei der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde eingegangen ist oder am 1. Juli 2020 oder zu einem späteren Datum von dieser erstellt wurde.

Rule 20.7	Règle 20.7	Regel 20.7
Rule 20.8	Règle 20.8	Regel 20.8
Rule 26*quater*	Règle 26*quater*	Regel 26*quater*
Rule 40*bis*	Règle 40*bis*	Regel 40*bis*
Rule 48.2	Règle 48.2	Regel 48.2
Rule 51*bis*.1	Règle 51*bis*.1	Regel 51*bis*.1
Rule 55.2	Règle 55.2	Regel 55.2
Rule 57.2	Règle 57.2	Regel 57.2
Rule 71.1	Règle 71.1	Regel 71.1
Rule 82*ter*.1	Règle 82*ter*.1	Regel 82*ter*.1
Rule 82*quater*.2	Règle 82*quater*.2	Regel 82*quater*.2
Rule 94.1	Règle 94.1	Regel 94.1
Rule 96.2	Règle 96.2	Regel 96.2

Amendments[2]

Rule 4

The Request (Contents)

4.1 to 4.17 [*No change*]

4.18 *Statement of Incorporation by Reference*

Where the international application, on the date on which one or more elements referred to in Article 11(1)(iii) were first received by the receiving Office, claims the priority of an earlier application, the request may contain a statement that, where an element of the international application referred to in Article 11(1)(iii)(d) or (e), or a part of the description, claims or drawings referred to in Rule 20.5(a), or an element or part of the description, claims or drawings referred to in Rule 20.5*bis*(a) is not otherwise contained in the international application but is completely contained in the earlier application, that element or part is, subject to confirmation under Rule 20.6, incorporated by reference in the international application for the purposes of Rule 20.6. Such a statement, if not contained in the request on that date, may be added to the request if, and only if, it was otherwise contained in, or submitted with, the international application on that date.

4.19 [*No change*]

[2] The following reproduces, for each Rule that was amended, the amended text. Where a part of any such Rule has not been amended, the indication "[*No change*]" appears.

Modifications[2]

Règle 4

Requête (contenu)

4.1 à 4.17 [*Sans changement*]

4.18 *Déclaration d'incorporation par renvoi*

Lorsque la demande internationale, à la date à laquelle un ou plusieurs des éléments mentionnés à l'article 11.1)iii) ont été initialement reçus par l'office récepteur, revendique la priorité d'une demande antérieure, la requête peut comporter une déclaration selon laquelle, lorsqu'un élément de la demande internationale visé à l'article 11.1)iii)d) ou e) ou une partie de la description, des revendications ou des dessins visée à la règle 20.5.a), ou un élément ou une partie de la description, des revendications ou des dessins visé à la règle 20.5*bis*.a) n'est pas contenu par ailleurs dans la demande internationale mais figure intégralement dans la demande antérieure, cet élément ou cette partie est, sous réserve d'une confirmation selon la règle 20.6, incorporé par renvoi dans la demande internationale aux fins de la règle 20.6. Dans le cas où elle ne figure pas dans la requête à cette date, une telle déclaration peut y être ajoutée si, et seulement si, elle était par ailleurs contenue dans la demande internationale à cette date, ou présentée avec celle-ci.

4.19 [*Sans changement*]

[2] On trouvera reproduit ci-après, pour chaque règle qui a été modifiée, le texte modifié. L'absence de modification d'une partie d'une telle règle est indiquée par la mention « [*Sans changement*] ».

Änderungen[2]

Regel 4

Der Antrag (Inhalt)

4.1 bis 4.17 [*Unverändert*]

4.18 *Erklärung über die Einbeziehung durch Verweis*

Beansprucht die internationale Anmeldung zu dem Zeitpunkt, an dem ein oder mehrere in Artikel 11 Absatz 1 Ziffer iii genannte Bestandteile erstmals beim Anmeldeamt eingegangen sind, die Priorität einer früheren Anmeldung, so kann der Antrag eine Erklärung des Inhalts enthalten, dass, wenn ein in Artikel 11 Absatz 1 Ziffer iii Buchstabe d oder e genannter Bestandteil der internationalen Anmeldung oder ein Teil der Beschreibung, der Ansprüche oder der Zeichnungen, auf den in Regel 20.5 Absatz a Bezug genommen wird, oder ein Bestandteil oder Teil der Beschreibung, der Ansprüche oder der Zeichnungen, auf den in Regel 20.5*bis* Absatz a Bezug genommen wird, nicht in sonstiger Weise in der internationalen Anmeldung, aber vollständig in der früheren Anmeldung enthalten ist, dieser Bestandteil oder Teil, vorbehaltlich einer Bestätigung gemäß Regel 20.6, durch Verweis für die Zwecke der Regel 20.6 in die internationale Anmeldung einbezogen ist. Eine solche Erklärung kann, falls sie zu diesem Zeitpunkt nicht im Antrag enthalten war, dem Antrag hinzugefügt werden, wenn und nur wenn sie zu diesem Zeitpunkt in sonstiger Weise in der internationalen Anmeldung enthalten war oder zusammen mit der internationalen Anmeldung eingereicht wurde.

4.19 [*Unverändert*]

[2] Nachstehend werden alle Regeln, an denen Änderungen vorgenommen wurden, im geänderten Wortlaut wiedergegeben. Bei Teilen einer solchen Regel, die unverändert geblieben sind, erscheint der Hinweis „[*Unverändert*]".

Rule 12

Language of the International Application and Translations for the Purposes of International Search and International Publication

12.1 [*No change*]

12.1*bis* *Language of Elements and Parts Furnished under Rule 20.3, 20.5, 20.5bis or 20.6*

An element referred to in Article 11(1)(iii)(d) or (e) furnished by the applicant under Rule 20.3(b), 20.5*bis*(b), 20.5*bis*(c) or 20.6(a) and a part of the description, claims or drawings furnished by the applicant under Rule 20.5(b), 20.5(c), 20.5*bis*(b), 20.5*bis*(c) or 20.6(a) shall be in the language of the international application as filed or, where a translation of the application is required under Rule 12.3(a) or 12.4(a), in both the language of the application as filed and the language of that translation.

12.1*ter* to 12.4 [*No change*]

Règle 12

Langue de la demande internationale et traductions aux fins de la recherche internationale et de la publication internationale

12.1 [*Sans changement*]

12.1*bis* *Langue des éléments et parties remis en vertu de la règle 20.3, 20.5, 20.5bis ou 20.6*

Un élément visé à l'article 11.1)iii)d) ou e) remis par le déposant en vertu de la règle 20.3.b), 20.5*bis*.b), 20.5*bis*.c) ou 20.6.a) ou une partie de la description, des revendications ou des dessins remise par le déposant en vertu de la règle 20.5.b), 20.5.c), 20.5*bis*.b), 20.5*bis*.c) ou 20.6.a) doit être rédigé dans la langue dans laquelle la demande internationale a été déposée ou, lorsqu'une traduction de la demande est exigée en vertu de la règle 12.3.a) ou 12.4.a), à la fois dans la langue dans laquelle la demande a été déposée et dans la langue de cette traduction.

12.1*ter* à 12.4 [*Sans changement*]

Regel 12

Sprache der internationalen Anmeldung und Übersetzungen für die Zwecke der internationalen Recherche und der internationalen Veröffentlichung

12.1 [*Unverändert*]

12.1^{bis} *Sprache der nach Regel 20.3, 20.5, 20.5^{bis} oder 20.6 eingereichten Bestandteile und Teile*

Ein vom Anmelder gemäß Regel 20.3 Absatz b, 20.5^{bis} Absatz b, 20.5^{bis} Absatz c oder 20.6 Absatz a eingereichter in Artikel 11 Absatz 1 Ziffer iii Buchstabe d oder e genannter Bestandteil und ein vom Anmelder gemäß Regel 20.5 Absatz b, 20.5 Absatz c, 20.5^{bis} Absatz b, 20.5^{bis} Absatz c oder 20.6 Absatz a eingereichter Teil der Beschreibung, der Ansprüche oder der Zeichnungen ist in der Sprache, in der die internationale Anmeldung eingereicht worden ist, oder, wenn eine Übersetzung der Anmeldung nach Regel 12.3 Absatz a oder 12.4 Absatz a erforderlich ist, sowohl in der Sprache, in der die Anmeldung eingereicht worden ist, als auch in der Sprache der Übersetzung abzufassen.

12.1^{ter} bis 12.4 [*Unverändert*]

Rule 15

The International Filing Fee

15.1 [*No change*]

15.2 *Amount; Transfer*

(a) and (b) [*No change*]

(c) Where the prescribed currency is the Swiss franc, the receiving Office shall transfer the said fee to the International Bureau in Swiss francs in accordance with Rule 96.2.

(d) Where the prescribed currency is a currency other than the Swiss franc and that currency:

(i) is freely convertible into Swiss francs, the Director General shall establish, for each receiving Office which prescribes such a currency for the payment of the international filing fee, an equivalent amount of that fee in the prescribed currency according to directives given by the Assembly, and the amount in that currency shall be transferred by the receiving Office to the International Bureau in accordance with Rule 96.2;

(ii) is not freely convertible into Swiss francs, the receiving Office shall be responsible for the conversion of the international filing fee from the prescribed currency into Swiss francs and shall transfer that fee in Swiss francs, in the amount set out in the Schedule of Fees, to the International Bureau in accordance with Rule 96.2. Alternatively, if the receiving Office so wishes, it may convert the international filing fee from the prescribed currency into euros or US dollars and transfer the equivalent amount of that fee in euros

Règle 15

Taxe internationale de dépôt

15.1 [*Sans changement*]

15.2 *Montant ; transfert*

a) et b) [*Sans changement*]

c) Lorsque la monnaie prescrite est le franc suisse, l'office récepteur transfère ladite taxe au Bureau international en francs suisses conformément à la règle 96.2.

d) Lorsque la monnaie prescrite est une monnaie autre que le franc suisse et que cette monnaie :

i) est librement convertible en francs suisses, le Directeur général établit, pour chaque office récepteur qui prescrit le paiement de la taxe internationale de dépôt dans cette monnaie, un montant équivalent de cette taxe dans la monnaie prescrite conformément aux directives énoncées par l'Assemblée, et le montant dans cette monnaie est transféré par l'office récepteur au Bureau international conformément à la règle 96.2 ;

ii) n'est pas librement convertible en francs suisses, l'office récepteur est chargé de convertir en francs suisses le montant de la taxe internationale de dépôt exprimé dans la monnaie prescrite et il transfère au Bureau international le montant de cette taxe en francs suisses indiqué dans le barème de taxes conformément à la règle 96.2. Ou alors, si l'office récepteur le souhaite, il peut convertir en euros ou en dollars des États-Unis la taxe internationale de dépôt exprimée dans la monnaie prescrite et, conformément à la règle 96.2, trans-

Regel 15

Die internationale Anmeldegebühr

15.1 [*Unverändert*]

15.2 *Betrag; Überweisung*

a) und b) [*Unverändert*]

c) Ist die vorgeschriebene Währung der Schweizer Franken, so überweist das Anmeldeamt die genannte Gebühr in Übereinstimmung mit Regel 96.2 in Schweizer Franken an das Internationale Büro.

d) Ist die vorgeschriebene Währung nicht der Schweizer Franken, sondern eine andere Währung,

i) die frei in Schweizer Franken umwechselbar ist, so setzt der Generaldirektor für jedes Anmeldeamt, das für die Zahlung der internationalen Anmeldegebühr eine solche Währung vorschreibt, gemäß den Weisungen der Versammlung einen Gegenwert dieser Gebühr in der vorgeschriebenen Währung fest, und das Anmeldeamt überweist den Betrag in Übereinstimmung mit Regel 96.2 in dieser Währung an das Internationale Büro;

ii) die nicht frei in Schweizer Franken umwechselbar ist, so ist das Anmeldeamt für das Umwechseln der internationalen Anmeldegebühr von der vorgeschriebenen Währung in Schweizer Franken verantwortlich und überweist den im Gebührenverzeichnis angegebenen Betrag dieser Gebühr in Übereinstimmung mit Regel 96.2 in Schweizer Franken an das Internationale Büro. Das Anmeldeamt kann stattdessen die internationale Anmeldegebühr von der vorgeschriebenen Währung in Euro oder US-Dollar umwechseln und den vom Generaldirektor

or US dollars, as established by the Director General according to directives given by the Assembly as referred to in item (i), to the International Bureau in accordance with Rule 96.2.

15.3 and 15.4 [*No change*]

Rule 16

The Search Fee

16.1 *Right to Ask fora Fee*

(a) and (b) [*No change*]

(c) Where the prescribed currency is the currency in which the International Searching Authority has fixed the said fee ("fixed currency"), the receiving Office shall transfer the said fee to that Authority in that currency in accordance with Rule 96.2.

(d) Where the prescribed currency is not the fixed currency and that currency:

(i) is freely convertible into the fixed currency, the Director General shall establish, for each receiving Office which prescribes such a currency for the payment of the search fee, an equivalent amount of that fee in the prescribed currency according to directives given by the Assembly, and the amount in that currency shall be transferred by the receiving Office to the International Searching Authority in accordance with Rule 96.2;

(ii) is not freely convertible into the fixed currency, the receiving Office shall be responsible for the conversion of the search fee from the prescribed currency into the fixed currency and shall transfer that fee in the fixed currency, in the amount fixed by the International Searching Authority, to the International Searching Authority in accordance with Rule 96.2.

(e) and (f) [*No change*]

16.2 and 16.3 [*No change*]

Rule 20

International Filing Date

20.1 to 20.4 [*No change*]

20.5 *Missing Parts*

(a) Where, in determining whether the papers purporting to be an international application fulfill the requirements of Article 11(1), the receiving Office finds that a part of the description, claims or drawings is or appears to be missing, including the case where all of the drawings are or appear to be missing ("missing part") but not including the case where an entire element referred to in Article 11(1)(iii)(d) or (e) is or appears to be missing and not including the case referred to in Rule 20.5*bis*(a), it shall

férer au Bureau international le montant équivalent de cette taxe en euros ou en dollars des États-Unis établi par le Directeur général conformément aux directives énoncées par l'Assemblée mentionnées au point i).

15.3 et 15.4 [*Sans changement*]

Règle 16

Taxe de recherche

16.1 *Droit de demander une taxe*

a) et b) [*Sans changement*]

c) Lorsque la monnaie prescrite est la monnaie dans laquelle l'administration chargée de la recherche internationale a fixé ladite taxe (« monnaie fixée »), l'office récepteur transfère ladite taxe à l'administration dans cette monnaie conformément à la règle 96.2.

d) Lorsque la monnaie prescrite n'est pas la monnaie fixée et que cette monnaie :

i) est librement convertible dans la monnaie fixée, le Directeur général établit, pour chaque office récepteur qui prescrit le paiement de la taxe de recherche dans cette monnaie, un montant équivalent de cette taxe dans la monnaie prescrite conformément aux directives énoncées par l'Assemblée, et le montant dans cette monnaie est transféré par l'office récepteur à l'administration chargée de la recherche internationale conformément à la règle 96.2 ;

ii) n'est pas librement convertible dans la monnaie fixée, l'office récepteur est chargé de convertir dans la monnaie fixée le montant de la taxe de recherche exprimé dans la monnaie prescrite et il transfère à l'administration chargée de la recherche internationale le montant de cette taxe dans la monnaie fixée établi par ladite administration conformément à la règle 96.2.

e) et f) [*Sans changement*]

16.2 et 16.3 [*Sans changement*]

Règle 20

Date du dépôt international

20.1 à 20.4 [*Sans changement*]

20.5 *Parties manquantes*

a) Lorsque, au moment de déterminer si les documents supposés constituer une demande internationale remplissent les conditions énoncées à l'article 11.1), l'office récepteur constate qu'une partie de la description, des revendications ou des dessins manque ou semble manquer, y compris lorsque tous les dessins manquent ou semblent manquer (« partie manquante »), mais à l'exclusion du cas où un élément entier visé à l'article 11.1)iii)d) ou e) manque ou semble manquer, et à l'exclusion du cas

nach Ziffer i gemäß den Weisungen der Versammlung festgesetzten Gegenwert dieser Gebühr in Übereinstimmung mit Regel 96.2 in Euro oder US-Dollar an das Internationale Büro überweisen.

15.3 und 15.4 [*Unverändert*]

Regel 16

Die Recherchengebühr

16.1 *Befugnis zur Erhebung einer Gebühr*

a) und b) [*Unverändert*]

c) Ist die vorgeschriebene Währung die gleiche Währung, in der die Internationale Recherchenbehörde die genannte Gebühr festgelegt hat („festgelegte Währung"), so überweist das Anmeldeamt die genannte Gebühr in Übereinstimmung mit Regel 96.2 in dieser Währung an diese Behörde.

d) Ist die vorgeschriebene Währung nicht die festgelegte Währung, sondern eine andere Währung,

i) die frei in die festgelegte Währung umwechselbar ist, so setzt der Generaldirektor für jedes Anmeldeamt, das für die Zahlung der Recherchengebühr eine solche Währung vorschreibt, gemäß den Weisungen der Versammlung einen Gegenwert dieser Gebühr in der vorgeschriebenen Währung fest, und das Anmeldeamt überweist den Betrag in Übereinstimmung mit Regel 96.2 in dieser Währung an die Internationale Recherchenbehörde;

ii) die nicht frei in die festgelegte Währung umwechselbar ist, so ist das Anmeldeamt für das Umwechseln der Recherchengebühr von der vorgeschriebenen Währung in die festgelegte Währung verantwortlich und überweist den von der Internationalen Recherchenbehörde festgesetzten Betrag dieser Gebühr in Übereinstimmung mit Regel 96.2 in der festgelegten Währung an die Internationale Recherchenbehörde.

e) und f) [*Unverändert*]

16.2 und 16.3 [*Unverändert*]

Regel 20

Internationales Anmeldedatum

20.1 bis 20.4 [*Unverändert*]

20.5 *Fehlende Teile*

a) Stellt das Anmeldeamt während der Prüfung, ob die Unterlagen, die eine internationale Anmeldung darstellen sollen, die Erfordernisse des Artikels 11 Absatz 1 erfüllen, fest, dass ein Teil der Beschreibung, der Ansprüche oder der Zeichnungen fehlt oder dem Anschein nach fehlt, einschließlich des Falles, dass alle Zeichnungen fehlen oder dem Anschein nach fehlen („fehlender Teil"), aber nicht einschließlich des Falles, dass ein ganzer in Artikel 11 Absatz 1 Ziffer iii Buchstabe d oder e genannter Bestandteil fehlt

promptly invite the applicant, at the applicant's option:

(i) to complete the purported international application by furnishing the missing part; or

(ii) to confirm, in accordance with Rule 20.6(a), that the part was incorporated by reference under Rule 4.18;

and to make observations, if any, within the applicable time limit under Rule 20.7. If that time limit expires after the expiration of 12 months from the filing date of any application whose priority is claimed, the receiving Office shall call that circumstance to the attention of the applicant.

(b) Where, following an invitation under paragraph (a) or otherwise, the applicant furnishes to the receiving Office, on or before the date on which all of the requirements of Article 11(1) are fulfilled but within the applicable time limit under Rule 20.7, a missing part referred to in paragraph (a) so as to complete the purported international application, that part shall be included in the application, and the receiving Office shall accord as the international filing date the date on which all of the requirements of Article 11(1) are fulfilled and proceed as provided in Rule 20.2(b) and (c).

(c) to (e) [*No change*]

20.5*bis* *Erroneously Filed Elements and Parts*

(a) Where, in determining whether the papers purporting to be an international application fulfill the requirements of Article 11(1), the receiving Office finds that an entire element referred to in Article 11(1)(iii)(d) or (e) has or appears to have been erroneously filed, or that a part of the description, claims or drawings has or appears to have been erroneously filed, including the case where all drawings have or appear to have been erroneously filed ("erroneously filed element or part"), it shall promptly invite the applicant, at the applicant's option:

(i) to correct the purported international application by furnishing the correct element or part; or

(ii) to confirm, in accordance with Rule 20.6(a), that the correct element or part was incorporated by reference under Rule 4.18;

and to make observations, if any, within the applicable time limit under Rule 20.7. If that time limit expires after the expiration of 12 months from the filing date of any

visé à la règle 20.5*bis*.a), il invite à bref délai le déposant, au choix de ce dernier :

i) à compléter ce qui est supposé constituer la demande internationale en remettant la partie manquante ; ou

ii) à confirmer, conformément à la règle 20.6.a), que la partie a été incorporée par renvoi en vertu de la règle 4.18 ;

et à présenter des observations, le cas échéant, dans le délai visé à la règle 20.7. Si ce délai expire plus de 12 mois après la date du dépôt de toute demande dont la priorité est revendiquée, l'office récepteur porte cette circonstance à l'attention du déposant.

b) Lorsque, à la suite d'une invitation selon l'alinéa a) ou pour une autre raison, le déposant remet à l'office récepteur, au plus tard à la date à laquelle toutes les conditions visées à l'article 11.1) sont remplies mais avant l'expiration du délai applicable en vertu de la règle 20.7, une partie manquante visée à l'alinéa a) destinée à compléter ce qui est supposé constituer la demande internationale, cette partie est incorporée à la demande et l'office récepteur attribue comme date du dépôt international la date à laquelle toutes les conditions énoncées à l'article 11.1) sont remplies et prend les mesures prévues à la règle 20.2.b) et c).

c) à e) [*Sans changement*]

20.5*bis* *Eléments et parties indûment déposés*

a) Lorsque, au moment de déterminer si les documents supposés constituer une demande internationale remplissent les conditions visées à l'article 11.1), l'office récepteur constate qu'un élément entier visé à l'article 11.1)iii)d) ou e) a été ou semble avoir été indûment déposé, ou qu'une partie de la description, des revendications ou des dessins a été ou semble avoir été indûment déposée, y compris le cas dans lequel tous les dessins ont été ou semblent avoir été indûment déposés (« élément ou partie indûment déposé »), il invite à bref délai le déposant, au choix de ce dernier :

i) à corriger ce qui est supposé constituer la demande internationale en remettant l'élément correct ou la partie correcte ; ou

ii) à confirmer, conformément à la règle 20.6.a), que l'élément correct ou la partie correcte a été incorporé par renvoi en vertu de la règle 4.18 ;

et à présenter des observations, le cas échéant, dans le délai visé à la règle 20.7. Si ce délai expire plus de 12 mois après la date du dépôt de toute demande dont la

oder dem Anschein nach fehlt, und nicht einschließlich des Falles nach Regel 20.5*bis* Absatz a, so fordert es den Anmelder unverzüglich auf, nach Wahl des Anmelders

i) die vorgebliche internationale Anmeldung durch Einreichung des fehlenden Teils zu vervollständigen oder

ii) nach Regel 20.6 Absatz a zu bestätigen, dass dieser Teil durch Verweis nach Regel 4.18 einbezogen wurde,

und gegebenenfalls innerhalb der nach Regel 20.7 anwendbaren Frist Stellung zu nehmen. Läuft diese Frist nach Ablauf von 12 Monaten seit dem Anmeldedatum einer Anmeldung ab, deren Priorität beansprucht wird, so macht das Anmeldeamt den Anmelder auf diesen Umstand aufmerksam.

b) Reicht der Anmelder, sei es nach Aufforderung nach Absatz a oder auf sonstige Weise, an oder vor dem Datum, an dem alle Erfordernisse des Artikels 11 Absatz 1 erfüllt sind, aber innerhalb der nach Regel 20.7 anwendbaren Frist, einen in Absatz a genannten fehlenden Teil beim Anmeldeamt ein, um die vorgebliche internationale Anmeldung zu vervollständigen, so wird dieser Teil in die Anmeldung aufgenommen, und das Anmeldeamt erkennt das Datum, an dem alle Erfordernisse des Artikels 11 Absatz 1 erfüllt sind, als internationales Anmeldedatum zu und verfährt nach Regel 20.2 Absätze b und c.

c) bis e) [*Unverändert*]

20.5*bis* *Fälschlicherweise eingereichte Bestandteile und Teile*

a) Stellt das Anmeldeamt während der Prüfung, ob die Unterlagen, die eine internationale Anmeldung darstellen sollen, die Erfordernisse des Artikels 11 Absatz 1 erfüllen, fest, dass ein ganzer in Artikel 11 Absatz 1 Ziffer iii Buchstabe d oder e genannter Bestandteil fälschlicherweise eingereicht worden ist oder dem Anschein nach fälschlicherweise eingereicht worden ist oder dass ein Teil der Beschreibung, der Ansprüche oder der Zeichnungen fälschlicherweise eingereicht worden ist oder dem Anschein nach fälschlicherweise eingereicht worden ist, einschließlich des Falles, dass alle Zeichnungen fälschlicherweise eingereicht worden sind oder dem Anschein nach fälschlicherweise eingereicht worden sind („fälschlicherweise eingereichter Bestandteil oder Teil"), so fordert es den Anmelder unverzüglich auf, nach Wahl des Anmelders

i) die vorgebliche internationale Anmeldung durch Einreichung des richtigen Bestandteils oder Teils zu berichtigen oder

ii) nach Regel 20.6 Absatz a zu bestätigen, dass der richtige Bestandteil oder Teil durch Verweis nach Regel 4.18 einbezogen wurde,

und gegebenenfalls innerhalb der nach Regel 20.7 anwendbaren Frist Stellung zu nehmen. Läuft diese Frist nach Ablauf von 12 Monaten seit dem Anmeldedatum einer

application whose priority is claimed, the receiving Office shall call that circumstance to the attention of the applicant.

(b) Where, following an invitation under paragraph (a) or otherwise, the applicant furnishes to the receiving Office, on or before the date on which all of the requirements of Article 11(1) are fulfilled but within the applicable time limit under Rule 20.7, a correct element or part so as to correct the purported international application, that correct element or part shall be included in the application, the erroneously filed element or part concerned shall be removed from the application and the receiving Office shall accord as the international filing date the date on which all of the requirements of Article 11(1) are fulfilled and proceed as provided in Rule 20.2(b) and (c) and as provided for in the Administrative Instructions.

(c) Where, following an invitation under paragraph (a) or otherwise, the applicant furnishes to the receiving Office, after the date on which all of the requirements of Article 11(1) were fulfilled but within the applicable time limit under Rule 20.7, a correct element or part so as to correct the international application, that correct element or part shall be included in the application, the erroneously filed element or part concerned shall be removed from the application, and the receiving Office shall correct the international filing date to the date on which the receiving Office received that correct element or part, notify the applicant accordingly and proceed as provided for in the Administrative Instructions.

(d) Where, following an invitation under paragraph (a) or otherwise, a correct element or part is, under Rule 20.6(b), considered to have been contained in the purported international application on the date on which one or more elements referred to in Article 11(1)(iii) were first received by the receiving Office, the erroneously filed element or part concerned shall remain in the application, and the receiving Office shall accord as the international filing date the date on which all of the requirements of Article 11(1) are fulfilled and proceed as provided in Rule 20.2(b) and (c) and as provided for in the Administrative Instructions.

(e) Where the international filing date has been corrected under paragraph (c), the applicant may, in a notice submitted to the receiving Office within one month from the date of the notification under paragraph (c), request that the correct element or part be disregarded, in which case the correct element or part shall be considered not to have been furnished, the erroneously filed element or part concerned shall be considered not to have been removed from the application and the correction of the international filing date under paragraph (c)

priorité est revendiquée, l'office récepteur porte cette circonstance à l'attention du déposant.

b) Lorsque, à la suite d'une invitation selon l'alinéa a) ou pour une autre raison, le déposant remet à l'office récepteur, au plus tard à la date à laquelle toutes les conditions visées à l'article 11.1) sont remplies mais dans le délai visé à la règle 20.7, un élément correct ou une partie correcte tendant à corriger ce qui est supposé constituer la demande internationale, cet élément correct ou cette partie correcte est incorporé dans la demande, l'élément ou la partie indûment déposé est supprimé de la demande et l'office récepteur attribue comme date du dépôt international la date à laquelle toutes les conditions énoncées à l'article 11.1) sont remplies et prend les mesures prévues à la règle 20.2.b) et c) et dans les instructions administratives.

c) Lorsque, à la suite d'une invitation selon l'alinéa a) ou pour une autre raison, le déposant remet à l'office récepteur, après la date à laquelle toutes les conditions visées à l'article 11.1) sont remplies mais dans le délai visé à la règle 20.7, un élément correct ou une partie correcte tendant à corriger ce qui est supposé constituer la demande internationale, cet élément correct ou cette partie correcte est incorporé dans la demande, l'élément ou la partie indûment déposé est supprimé de la demande et l'office récepteur corrige la date du dépôt international de manière à lui attribuer la date à laquelle l'office récepteur a reçu cet élément correct ou cette partie correcte, notifie ce fait au déposant et prend les mesures prévues dans les instructions administratives.

d) Lorsque, à la suite d'une invitation selon l'alinéa a) ou pour une autre raison, un élément correct ou une partie correcte est, en vertu de la règle 20.6.b), considéré comme ayant été contenu dans ce qui est supposé constituer la demande internationale à la date à laquelle un ou plusieurs des éléments visés à l'article 11.1)iii) ont été initialement reçus par l'office récepteur, l'élément ou la partie indûment déposé continue à figurer dans la demande internationale et l'office récepteur attribue comme date du dépôt international la date à laquelle toutes les conditions visées à l'article 11.1) sont remplies et prend les mesures prévues à la règle 20.2.b) et c) et dans les instructions administratives.

e) Lorsque la date du dépôt international a été corrigée en vertu de l'alinéa c), le déposant peut, dans une communication adressée à l'office récepteur dans un délai d'un mois à compter de la date de la notification visée à l'alinéa c), demander qu'il ne soit pas tenu compte de l'élément correct ou de la partie correcte concerné, auquel cas cet élément correct ou cette partie correcte est considéré comme n'ayant pas été remis, l'élément ou la partie indûment déposé est considéré comme n'ayant pas été supprimé de la demande et la correction

Anmeldung ab, deren Priorität beansprucht wird, so macht das Anmeldeamt den Anmelder auf diesen Umstand aufmerksam.

b) Reicht der Anmelder, sei es nach Aufforderung nach Absatz a oder auf sonstige Weise, an oder vor dem Datum, an dem alle Erfordernisse des Artikels 11 Absatz 1 erfüllt sind, aber innerhalb der nach Regel 20.7 anwendbaren Frist, einen richtigen Bestandteil oder Teil beim Anmeldeamt ein, um die vorgebliche internationale Anmeldung zu berichtigen, so wird dieser richtige Bestandteil oder Teil in die Anmeldung aufgenommen, der betreffende fälschlicherweise eingereichte Bestandteil oder Teil wird aus der Anmeldung entfernt, und das Anmeldeamt erkennt das Datum, an dem alle Erfordernisse des Artikels 11 Absatz 1 erfüllt sind, als internationales Anmeldedatum zu und verfährt nach Regel 20.2 Absätze b und c und nach Maßgabe der Verwaltungsvorschriften.

c) Reicht der Anmelder, sei es nach Aufforderung nach Absatz a oder auf sonstige Weise, nach dem Datum, an dem alle Erfordernisse des Artikels 11 Absatz 1 erfüllt waren, aber innerhalb der nach Regel 20.7 anwendbaren Frist, einen richtigen Bestandteil oder Teil beim Anmeldeamt ein, um die internationale Anmeldung zu berichtigen, so wird dieser richtige Bestandteil oder Teil in die Anmeldung aufgenommen, der betreffende fälschlicherweise eingereichte Bestandteil oder Teil wird aus der Anmeldung entfernt, und das Anmeldeamt berichtigt das internationale Anmeldedatum zu dem Datum, an dem dieser richtige Bestandteil oder Teil beim Anmeldeamt eingegangen ist, benachrichtigt den Anmelder davon und verfährt nach Maßgabe der Verwaltungsvorschriften.

d) Gilt, sei es nach einer Aufforderung nach Absatz a oder auf sonstige Weise, ein richtiger Bestandteil oder Teil nach Regel 20.6 Absatz b als in der vorgeblichen internationalen Anmeldung an dem Datum, an dem ein oder mehrere in Artikel 11 Absatz 1 Ziffer iii genannte Bestandteile erstmals beim Anmeldeamt eingegangen sind, enthalten, so verbleibt der betreffende fälschlicherweise eingereichte Bestandteil oder Teil in der Anmeldung, und das Anmeldeamt erkennt das Datum, an dem alle Erfordernisse des Artikels 11 Absatz 1 erfüllt sind, als internationales Anmeldedatum zu und verfährt nach Regel 20.2 Absätze b und c und nach Maßgabe der Verwaltungsvorschriften.

e) Wurde das internationale Anmeldedatum nach Absatz c berichtigt, so kann der Anmelder in einer an das Anmeldeamt gerichteten Mitteilung innerhalb eines Monats seit der Benachrichtigung nach Absatz c beantragen, dass der richtige Bestandteil oder Teil nicht berücksichtigt wird; in diesem Fall gilt der richtige Bestandteil oder Teil als nicht eingereicht, der betreffende fälschlicherweise eingereichte Bestandteil oder Teil als nicht aus der Anmeldung entfernt und die Berichtigung des internationalen Anmeldedatums

shall be considered not to have been made, and the receiving Office shall proceed as provided for in the Administrative Instructions.

20.6 *Confirmation of Incorporation by Reference of Elements and Parts*

(a) and (b) [*No change*]

(c) Where the receiving Office finds that a requirement under Rule 4.18 or paragraph (a) has not been complied with or that the element or part referred to in paragraph (a) is not completely contained in the earlier application concerned, the receiving Office shall proceed as provided for in Rule 20.3(b)(i), 20.5(b), 20.5(c), 20.5*bis*(b) or 20.5*bis*(c), as the case may be.

20.7 *Time Limit*

(a) The applicable time limit referred to in Rules 20.3(a) and (b), 20.4, 20.5(a), (b) and (c), 20.5*bis*(a), (b) and (c), and 20.6(a) shall be:

(i) where an invitation under Rule 20.3(a), 20.5(a) or 20.5*bis*(a), as applicable, was sent to the applicant, two months from the date of the invitation;

(ii) where no such invitation was sent to the applicant, two months from the date on which one or more elements referred to in Article 11(1)(iii) were first received by the receiving Office.

(b) [*No change*]

20.8 *Incompatibility with National Laws*

(a) [*No change*]

(a-*bis*) If, on October 9, 2019, any of Rules 20.5*bis*(a)(ii) and (d) are not compatible with the national law applied by the receiving Office, the Rules concerned shall not apply to an international application filed with that receiving Office for as long as they continue not to be compatible with that law, provided that the said Office informs the International Bureau accordingly by April 9, 2020. The information received shall be promptly published by the International Bureau in the Gazette.

(a-*ter*) Where an element or a part cannot be incorporated by reference in the international application under Rules 4.18 and 20.6 because of the operation of paragraph (a) or paragraph (a-*bis*) of this Rule, the receiving Office shall proceed as provided for in Rule 20.3(b)(i), 20.5(b), 20.5(c), 20.5*bis*(b) or 20.5*bis*(c), as the case may be. Where the receiving Office proceeds as provided for in Rule 20.5(c) or 20.5*bis*(c), the applicant may proceed as provided for in Rule 20.5(e) or 20.5*bis*(e), as the case may be.

(b) [*No change*]

(b-*bis*) If, on October 9, 2019, any of Rules 20.5*bis*(a)(ii) and (d) are not compatible with the national law applied by the

de la date du dépôt international en vertu de l'alinéa c) est considérée comme n'ayant pas été effectuée, et l'office récepteur prend les mesures prévues dans les instructions administratives.

20.6 *Confirmation de l'incorporation par renvoi d'éléments ou de parties*

a) et b) [*Sans changement*]

c) Lorsque l'office récepteur constate qu'une des conditions énoncées à la règle 4.18 ou à l'alinéa a) n'a pas été remplie, ou que l'élément ou la partie mentionné à l'alinéa a) ne figure pas intégralement dans la demande antérieure concernée, il procède de la manière prévue à la règle 20.3.b)i), 20.5.b), 20.5.c), 20.5*bis*.b) ou 20.5*bis*.c), selon le cas.

20.7 *Délai*

a) Le délai applicable visé aux règles 20.3.a) et b), 20.4, 20.5.a), b) et c), 20.5*bis*.a), b) et c), et 20.6.a) est :

i) lorsqu'une invitation en vertu de la règle 20.3.a), 20.5.a) ou 20.5*bis*.a), selon le cas, a été envoyée au déposant, de deux mois à compter de la date de l'invitation ;

ii) lorsqu'il n'a pas été envoyé d'invitation au déposant, de deux mois à compter de la date à laquelle l'office récepteur a reçu initialement au moins l'un des éléments indiqués à l'article 11.1)iii).

b) [*Sans changement*]

20.8 *Incompatibilité avec les législations nationales*

a) [*Sans changement*]

a-*bis*) Si, le 9 octobre 2019, l'une quelconque des règles 20.5*bis*.a)ii) et d) n'est pas compatible avec la législation nationale appliquée par l'office récepteur, la règle concernée ne s'applique pas à une demande internationale déposée auprès de cet office récepteur tant qu'elle reste incompatible avec cette législation, à condition que l'office en question en informe le Bureau international le 9 avril 2020 au plus tard. Le Bureau international publie à bref délai dans la gazette les informations reçues.

a-*ter*) Lorsqu'un élément ou une partie ne peut pas être incorporé par renvoi dans la demande internationale selon les règles 4.18 et 20.6 en raison de l'application de l'alinéa a) ou de l'alinéa a-*bis*) de la présente règle, l'office récepteur procède de la manière prévue à la règle 20.3.b)i), 20.5.b), 20.5.c), 20.5*bis*.b) ou 20.5*bis*.c), selon le cas. Lorsque l'office récepteur procède de la manière prévue à la règle 20.5.c) ou 20.5*bis*.c), le déposant peut procéder de la manière prévue à la règle 20.5.e) ou 20.5*bis*.e), selon le cas.

b) [*Sans changement*]

b-*bis*) Si, le 9 octobre 2019, l'une quelconque des règles 20.5*bis*.a)ii) et d) n'est pas compatible avec la législation nationale

nach Absatz c als nicht erfolgt, und das Anmeldeamt verfährt nach Maßgabe der Verwaltungsvorschriften.

20.6 *Bestätigung der Einbeziehung von Bestandteilen und Teilen durch Verweis*

a) und b) [*Unverändert*]

c) Stellt das Anmeldeamt fest, dass ein Erfordernis nach Regel 4.18 oder Absatz a nicht erfüllt ist oder dass ein in Absatz a genannter Bestandteil oder Teil nicht vollständig in der betreffenden früheren Anmeldung enthalten ist, so verfährt es gemäß Regel 20.3 Absatz b Ziffer i, 20.5 Absatz b, 20.5 Absatz c, 20.5*bis* Absatz b bzw. 20.5*bis* Absatz c.

20.7 *Frist*

a) Die in den Regeln 20.3 Absätze a und b, 20.4, 20.5 Absätze a, b und c, 20.5*bis* Absätze a, b und c und 20.6 Absatz a vorgeschriebene Frist beträgt,

i) wenn eine Aufforderung nach Regel 20.3 Absatz a, 20.5 Absatz a bzw. 20.5*bis* Absatz a an den Anmelder gesandt wurde, zwei Monate seit dem Datum der Aufforderung,

ii) sofern keine solche Aufforderung an den Anmelder gesandt wurde, zwei Monate seit dem Datum, an dem ein oder mehrere in Artikel 11 Absatz 1 Ziffer iii genannte Bestandteile erstmals beim Anmeldeamt eingegangen sind.

b) [*Unverändert*]

20.8 *Unvereinbarkeit mit nationalem Recht*

a) [*Unverändert*]

a-*bis*) Ist eine der Regeln 20.5*bis* Absätze a Ziffer ii und d am 9. Oktober 2019 nicht mit dem vom Anmeldeamt anzuwendenden nationalen Recht vereinbar, so gelten die betreffenden Regeln für eine bei diesem Anmeldeamt eingereichte internationale Anmeldung nicht, solange die Unvereinbarkeit besteht, sofern dieses Amt das Internationale Büro bis zum 9. April 2020 davon unterrichtet. Diese Mitteilung wird vom Internationalen Büro unverzüglich im Blatt veröffentlicht.

a-*ter*) Kann ein Bestandteil oder Teil wegen der Durchführung des Absatzes a oder des Absatzes a-*bis* dieser Regel nicht durch Verweis nach den Regeln 4.18 und 20.6 in die internationale Anmeldung einbezogen werden, so verfährt das Anmeldeamt entsprechend der Regel 20.3 Absatz b Ziffer i, 20.5 Absatz b, 20.5 Absatz c, 20.5*bis* Absatz b bzw. 20.5*bis* Absatz c. Verfährt das Anmeldeamt nach Regel 20.5 Absatz c oder 20.5*bis* Absatz c, so kann der Anmelder nach Regel 20.5 Absatz e bzw. 20.5*bis* Absatz e verfahren.

b) [*Unverändert*]

b-*bis*) Ist eine der Regeln 20.5*bis* Absätze a Ziffer ii und d am 9. Oktober 2019 nicht mit dem vom Bestimmungsamt anzu-

designated Office, the Rules concerned shall not apply in respect of that Office in relation to an international application in respect of which the acts referred to in Article 22 have been performed before that Office for as long as they continue not to be compatible with that law, provided that the said Office informs the International Bureau accordingly by April 9, 2020. The information received shall be promptly published by the International Bureau in the Gazette.

(c) Where an element or part is considered to have been incorporated by reference in the international application by virtue of a finding of the receiving Office under Rule 20.6(b), but that incorporation by reference does not apply to the international application for the purposes of the procedure before a designated Office because of the operation of paragraph (b) or paragraph (b-*bis*) of this Rule, the designated Office may treat the application as if the international filing date had been accorded under Rule 20.3(b)(i), 20.5(b) or 20.5*bis*(b), or corrected under Rule 20.5(c) or 20.5*bis*(c), as the case may be, provided that Rule 82*ter*.1(c) and (d) shall apply *mutatis mutandis*.

appliquée par l'office désigné, la règle concernée ne s'applique pas à cet office en rapport avec une demande internationale à l'égard de laquelle les actes visés à l'article 22 ont été accomplis auprès de cet office tant qu'elle reste incompatible avec cette législation, à condition que l'office en question en informe le Bureau international le 9 avril 2020 au plus tard. Le Bureau international publie à bref délai dans la gazette les informations reçues.

c) Lorsqu'un élément ou une partie est considéré comme ayant été incorporé par renvoi dans la demande internationale en vertu d'une constatation effectuée par l'office récepteur selon la règle 20.6.b), mais que cette incorporation par renvoi ne s'applique pas à la demande internationale aux fins de la procédure devant un office désigné en raison de l'application de l'alinéa b) ou de l'alinéa b-*bis*) de la présente règle, l'office désigné peut considérer la demande comme si la date du dépôt international avait été accordée selon la règle 20.3.b)i), 20.5.b) ou 20.5*bis*.b), ou corrigée selon la règle 20.5.c) ou 20.5*bis*.c), selon le cas, étant entendu que la règle 82*ter*.1.c) et d) s'applique *mutatis mutandis*.

wendenden nationalen Recht vereinbar, so gelten die betreffenden Regeln für dieses Bestimmungsamt hinsichtlich einer internationalen Anmeldung, für die die in Artikel 22 genannten Handlungen bei diesem Bestimmungsamt vorgenommen wurden, nicht, solange die Unvereinbarkeit besteht, sofern dieses Amt das Internationale Büro bis zum 9. April 2020 davon unterrichtet. Diese Mitteilung wird vom Internationalen Büro unverzüglich im Blatt veröffentlicht.

c) Gilt ein Bestandteil oder Teil kraft einer Feststellung des Anmeldeamts nach Regel 20.6 Absatz b als durch Verweis in die internationale Anmeldung einbezogen, findet jedoch die Einbeziehung durch Verweis auf diese internationale Anmeldung für die Zwecke des Verfahrens vor einem Bestimmungsamt wegen der Durchführung des Absatzes b oder des Absatzes b-*bis* dieser Regel keine Anwendung, so kann das Bestimmungsamt die Anmeldung so behandeln, als ob das internationale Anmeldedatum nach Regel 20.3 Absatz b Ziffer i, 20.5 Absatz b oder 20.5*bis* Absatz b zuerkannt bzw. nach Regel 20.5 Absatz c oder 20.5*bis* Absatz c berichtigt worden wäre, mit der Maßgabe, dass Regel 82*ter*.1 Absätze c und d entsprechend Anwendung findet.

Rule 26*quater*

Correction or Addition of Indications under Rule 4.11

26*quater*.1 *Correction or Addition of Indications*

The applicant may correct or add to the request any indication referred to in Rule 4.11 by a notice submitted to the International Bureau within a time limit of 16 months from the priority date, provided that any notice which is received by the International Bureau after the expiration of that time limit shall be considered to have been received on the last day of that time limit if the notice reaches the International Bureau before the technical preparations for international publication have been completed.

26*quater*.2 *Late Correction or Addition of Indications*

Where any correction or addition of an indication referred to in Rule 4.11 is not timely received under Rule 26*quater*.1, the International Bureau shall notify the applicant accordingly and shall proceed as provided for in the Administrative Instructions.

Règle 26*quater*

Correction ou adjonction d'indications selon la règle 4.11

26*quater*.1 *Correction ou adjonction d'indications*

Le déposant peut corriger ou ajouter à la requête toute indication visée à la règle 4.11 par communication soumise au Bureau international dans un délai de 16 mois à compter de la date de priorité, étant entendu que toute communication qui parvient au Bureau international après l'expiration de ce délai est réputée avoir été reçue le dernier jour de ce délai si elle parvient au Bureau international avant l'achèvement de la préparation technique de la publication internationale.

26*quater*.2 *Correction ou adjonction tardive d'indications*

Lorsque la correction ou l'adjonction d'une indication visée à la règle 4.11 n'est pas reçue en temps utile conformément à la règle 26*quater*.1, le Bureau international en informe le déposant et procède de la manière prévue dans les instructions administratives.

Regel 26*quater*

Berichtigung oder Hinzufügung von Angaben nach Regel 4.11

26*quater*.1 *Berichtigung oder Hinzufügung von Angaben*

Der Anmelder kann eine Angabe nach Regel 4.11 berichtigen oder dem Antrag hinzufügen, indem er innerhalb von 16 Monaten nach dem Prioritätsdatum beim Internationalen Büro eine entsprechende Mitteilung einreicht; eine Mitteilung, die beim Internationalen Büro nach Ablauf dieser Frist eingeht, gilt als am letzten Tag dieser Frist beim Internationalen Büro eingegangen, wenn sie dort vor Abschluss der technischen Vorbereitungen für die internationale Veröffentlichung eingeht.

26*quater*.2 *Verspätete Berichtigung oder Hinzufügung von Angaben*

Geht eine Berichtigung oder Hinzufügung einer Angabe nach Regel 4.11 nicht fristgerecht gemäß Regel 26*quater*.1 ein, so teilt das Internationale Büro dies dem Anmelder mit und verfährt nach Maßgabe der Verwaltungsvorschriften.

Rule 40*bis*

Additional Fees in Case of Missing Parts or Correct Elements and Parts Included in the International Application or Considered to Have Been Contained in the International Application

40*bis*.1 *Invitation to Pay Additional Fees*

Règle 40*bis*

Taxes additionnelles lorsque des parties manquantes ou des éléments et parties corrects sont incorporés dans la demande internationale ou sont considérés comme ayant été contenus dans la demande internationale

40*bis*.1 *Invitation à payer des taxes additionnelles*

Regel 40*bis*

Zusätzliche Gebühren im Fall von fehlenden Teilen oder richtigen Bestandteilen und Teilen, die in die internationale Anmeldung aufgenommen wurden oder als in der internationalen Anmeldung enthalten gelten

40*bis*.1 *Aufforderung zur Zahlung zusätzlicher Gebühren*

The International Searching Authority may invite the applicant to pay additional fees where the fact that a missing part or a correct element or part:

(i) is included in the international application under Rule 20.5(c) or Rule 20.5*bis*(c), respectively; or

(ii) is considered, under Rule 20.5(d) or Rule 20.5*bis*(d), respectively, to have been contained in the international application on the date on which one or more elements referred to in Article 11(1)(iii) were first received by the receiving Office;

is notified to that Authority only after it has begun to draw up the international search report. The invitation shall invite the applicant to pay the additional fees within one month from the date of the invitation and indicate the amount of those fees to be paid. The amount of the additional fees shall be determined by the International Searching Authority but shall not exceed the search fee; the additional fees shall be payable directly to that Authority. Provided any such additional fees have been paid within the prescribed time limit, the International Searching Authority shall establish the international search report on the international application including any such missing part or any such correct element or part.

L'administration chargée de la recherche internationale peut inviter le déposant à payer des taxes additionnelles lorsque le fait qu'une partie manquante ou qu'un élément correct et une partie correcte

i) est incorporé dans la demande internationale en vertu de la règle 20.5.c) ou de la règle 20.5*bis*.c), respectivement ; ou

ii) est considéré, en vertu de la règle 20.5.d) ou de la règle 20.5*bis*.d), respectivement, comme ayant été contenu dans la demande internationale à la date à laquelle un ou plusieurs des éléments visés à l'article 11.1)iii) ont été initialement reçus par l'office récepteur ;

n'est notifié à cette administration qu'après que cette dernière a commencé à établir le rapport de recherche internationale. Le déposant est invité à payer les taxes additionnelles dans un délai d'un mois à compter de la date de l'invitation, dans laquelle est indiqué le montant des taxes à payer. Le montant des taxes additionnelles est fixé par l'administration chargée de la recherche internationale, mais il ne doit pas être supérieur au montant de la taxe de recherche ; les taxes additionnelles doivent être payées directement à cette administration. Pour autant que les taxes additionnelles aient été payées dans le délai prescrit, l'administration chargée de la recherche internationale établit le rapport de recherche internationale relatif à la demande internationale en prenant en considération la partie manquante ou l'élément correct ou la partie correcte.

Die Internationale Recherchenbehörde kann den Anmelder zur Zahlung zusätzlicher Gebühren auffordern, wenn die Tatsache, dass ein fehlender Teil oder ein richtiger Bestandteil oder Teil

i) nach Regel 20.5 Absatz c bzw. 20.5*bis* Absatz c in die internationale Anmeldung aufgenommen wurde oder

ii) nach Regel 20.5 Absatz d bzw. 20.5*bis* Absatz d an dem Datum, an dem ein oder mehrere in Artikel 11 Absatz 1 Ziffer iii genannte Bestandteile erstmals beim Anmeldeamt eingegangen sind, als in der internationalen Anmeldung enthalten gilt,

der Behörde erst mitgeteilt wird, nachdem diese mit der Erstellung des internationalen Recherchenberichts begonnen hat. In der Aufforderung ist der Anmelder aufzufordern, die zusätzlichen Gebühren innerhalb eines Monats nach dem Datum der Aufforderung zu entrichten und ist der Betrag der zu entrichtenden Gebühren zu nennen. Die Höhe der zusätzlichen Gebühren wird durch die Internationale Recherchenbehörde festgesetzt, darf aber nicht höher sein als die Recherchengebühr; die zusätzlichen Gebühren sind unmittelbar an diese Behörde zu entrichten. Vorausgesetzt, dass solche zusätzlichen Gebühren innerhalb der vorgeschriebenen Frist entrichtet worden sind, erstellt die Internationale Recherchenbehörde den internationalen Recherchenbericht für die internationale Anmeldung einschließlich des fehlenden Teils oder des richtigen Bestandteils oder Teils.

Rule 48

International Publication

48.1 [*No change*]

48.2 *Contents*

(a) [*No change*]

(b) Subject to paragraph (c), the front page shall include:

(i) to (iv) [*No change*]

(v) where the international filing date has been accorded by the receiving Office under Rule 20.3(b)(ii), 20.5(d) or 20.5*bis*(d) on the basis of the incorporation by reference under Rules 4.18 and 20.6 of an element or part, an indication to that effect, together with an indication as to whether the applicant, for the purposes of Rule 20.6(a)(ii), relied on compliance with Rule 17.1(a), (b) or (b-*bis*) in relation to the priority document or on a separately submitted copy of the earlier application concerned;

(vi) [*No change*]

(vii) where applicable, an indication that the published international application contains information concerning a request under Rule 26*bis*.3 for restora-

Règle 48

Publication internationale

48.1 [*Sans changement*]

48.2 *Contenu*

a) [*Sans changement*]

b) Sous réserve de l'alinéa c), la page de couverture comprend :

i) à iv) [*Sans changement*]

v) lorsque la date du dépôt international a été attribuée par l'office récepteur en vertu de la règle 20.3.b)ii), 20.5.d) ou 20.5*bis*.d) sur la base de l'incorporation par renvoi selon les règles 4.18 et 20.6 d'un élément ou d'une partie, une indication à cet effet, ainsi qu'une indication sur le point de savoir si le déposant, aux fins de la règle 20.6.a)ii), s'est fondé sur la conformité avec les dispositions de la règle 17.1.a), b) ou b-*bis*) relatives au document de priorité ou sur une copie présentée séparément de la demande antérieure concernée ;

vi) [*Sans changement*]

vii) le cas échéant, une indication selon laquelle la demande internationale publiée contient des renseignements relatifs à une requête en restauration

Regel 48

Internationale Veröffentlichung

48.1 [*Unverändert*]

48.2 *Inhalt*

a) [*Unverändert*]

b) Die Titelseite enthält vorbehaltlich des Absatzes c:

i) bis iv) [*Unverändert*]

v) wenn das internationale Anmeldedatum vom Anmeldeamt nach Regel 20.3 Absatz b Ziffer ii, 20.5 Absatz d oder 20.5*bis* Absatz d aufgrund einer Einbeziehung eines Bestandteils oder Teils durch Verweis nach den Regeln 4.18 und 20.6 zuerkannt wurde, eine entsprechende Angabe, zusammen mit einer Angabe, ob der Anmelder sich für die Zwecke der Regel 20.6 Absatz a Ziffer ii auf die Erfüllung der Erfordernisse der Regel 17.1 Absatz a, b oder b-*bis* hinsichtlich des Prioritätsbelegs oder auf eine gesondert eingereichte Kopie der betreffenden früheren Anmeldung gestützt hat,

vi) [*Unverändert*]

vii) gegebenenfalls eine Angabe, dass die veröffentlichte internationale Anmeldung Angaben betreffend einen Antrag nach Regel 26*bis*.3 auf Wiederherstel-

tion of the right of priority and the decision of the receiving Office upon such request;

(viii) where applicable, an indication that an erroneously filed element or part has been removed from the international application in accordance with Rule 20.5*bis*(b) or (c).

(c) to (n) [*No change*]

48.3 to 48.6 [*No change*]

du droit de priorité présentée selon la règle 26*bis*.3 et la décision de l'office récepteur en ce qui concerne cette requête ;

viii) le cas échéant, une indication selon laquelle un élément ou une partie indûment déposé a été supprimé de la demande internationale conformément à la règle 20.5*bis*.b) ou c).

c) à n) [*Sans changement*]

48.3 à 48.6 [*Sans changement*]

lung des Prioritätsrechts und die Entscheidung des Anmeldeamts darüber enthält,

viii) gegebenenfalls eine Angabe, dass ein fälschlicherweise eingereichter Bestandteil oder Teil aus der internationalen Anmeldung gemäß Regel 20.5*bis* Absatz b oder c entfernt wurde.

c) bis n) [*Unverändert*]

48.3 bis 48.6 [*Unverändert*]

Rule 51*bis*

Certain National Requirements Allowed under Article 27

51*bis*.1 *Certain National Requirements Allowed*

(a) Subject to Rule 51*bis*.2, the national law applicable by the designated Office may, in accordance with Article 27, require the applicant to furnish, in particular:

(i) to (vi) [*No change*]

(vii) any missing indication required under Rule 4.5(a)(ii) and (iii) in respect of any applicant for the designated State;

(viii) in the cases referred to in Rule 82*ter*.1, a translation of any erroneously filed element or part removed from the international application in accordance with Rule 20.5*bis*(b) or (c).

(b) to (d) [*No change*]

(e) The national law applicable by the designated Office may, in accordance with Article 27, require the applicant to furnish a translation of the priority document, provided that such a translation may only be required:

(i) [*No change*]

(ii) where the international filing date has been accorded by the receiving Office under Rule 20.3(b)(ii), 20.5(d) or 20.5*bis*(d) on the basis of the incorporation by reference under Rules 4.18 and 20.6 of an element or part, for the purposes of determining under Rule 82*ter*.1(b) whether that element or part is completely contained in the priority document concerned, in which case the national law applicable by the designated Office may also require the applicant to furnish, in the case of a part of the description, claims or drawings, an indication as to where that part is contained in the translation of the priority document.

51*bis*.2 and 51*bis*.3 [*No change*]

Règle 51*bis*

Certaines exigences nationales admises en vertu de l'article 27

51*bis*.1 *Certaines exigences nationales admises*

a) Sous réserve de la règle 51*bis*.2, la législation nationale applicable par l'office désigné peut, conformément à l'article 27, exiger que le déposant fournisse, en particulier :

i) à vi) [*Sans changement*]

vii) toute indication manquante requise en vertu de la règle 4.5.a)ii) et iii) à l'égard de tout déposant pour l'État désigné ;

viii) dans les cas visés à la règle 82*ter*.1, la traduction d'un élément ou d'une partie indûment déposé supprimé de la demande internationale conformément à la règle 20.5*bis*.b) ou c).

b) à d) [*Sans changement*]

e) La législation nationale applicable par l'office désigné peut, conformément à l'article 27, exiger que le déposant remette une traduction du document de priorité, étant entendu que cette traduction ne peut être exigée que

i) [*Sans changement*]

ii) lorsque la date du dépôt international a été attribuée par l'office récepteur en vertu de la règle 20.3.b)ii), 20.5.d) ou 20.5*bis*.d) sur la base de l'incorporation par renvoi selon les règles 4.18 et 20.6 d'un élément ou d'une partie, afin de déterminer, conformément à la règle 82*ter*.1.b), si cet élément ou cette partie figure intégralement dans le document de priorité concerné, auquel cas la législation nationale applicable par l'office désigné peut également exiger du déposant qu'il fournisse, dans le cas d'une partie de la description, des revendications ou des dessins, une indication de l'endroit où cette partie figure dans la traduction du document de priorité.

51*bis*.2 et 51*bis*.3 [*Sans changement*]

Regel 51*bis*

Nach Artikel 27 zulässige nationale Erfordernisse

51*bis*.1 *Zulässige nationale Erfordernisse*

a) Vorbehaltlich der Regel 51*bis*.2 kann das für das Bestimmungsamt geltende nationale Recht gemäß Artikel 27 vom Anmelder verlangen, insbesondere Folgendes zu übermitteln:

i) bis vi) [*Unverändert*]

vii) fehlende, nach Regel 4.5 Absatz a Ziffern ii und iii erforderliche Angaben in Bezug auf einen Anmelder für den Bestimmungsstaat;

viii) in den in Regel 82*ter*.1 genannten Fällen eine Übersetzung eines fälschlicherweise eingereichten Bestandteils oder Teils, der aus der internationalen Anmeldung gemäß Regel 20.5*bis* Absatz b oder c entfernt wurde.

b) bis d) [*Unverändert*]

e) Das von dem Bestimmungsamt anzuwendende nationale Recht kann gemäß Artikel 27 vom Anmelder verlangen, dass eine Übersetzung des Prioritätsbelegs eingereicht wird; eine solche Übersetzung darf jedoch nur verlangt werden,

i) [*Unverändert*]

ii) wenn das internationale Anmeldedatum vom Anmeldeamt nach Regel 20.3 Absatz b Ziffer ii, 20.5 Absatz d oder 20.5*bis* Absatz d aufgrund einer Einbeziehung eines Bestandteils oder Teils durch Verweis nach den Regeln 4.18 und 20.6 zuerkannt wurde, für die Zwecke der Feststellung nach Regel 82*ter*.1 Absatz b, ob dieser Bestandteil oder Teil vollständig in dem betreffenden Prioritätsbeleg enthalten ist; in diesem Fall kann das vom Bestimmungsamt anzuwendende nationale Recht vom Anmelder auch verlangen, dass dieser, im Fall eines Teils der Beschreibung, der Ansprüche oder der Zeichnungen, angibt, wo dieser Teil in der Übersetzung des Prioritätsbelegs enthalten ist.

51*bis*.2 und 51*bis*.3 [*Unverändert*]

Rule 55

Languages (International Preliminary Examination)

55.1 [*No change*]

Règle 55

Langues (examen préliminaire international)

55.1 [*Sans changement*]

Regel 55

Sprachen (internationale vorläufige Prüfung)

55.1 [*Unverändert*]

55.2 *Translation of International Application*

(a) [*No change*]

(a-*bis*) A translation of the international application into a language referred to in paragraph (a) shall include any element referred to in Article 11(1)(iii)(d) or (e) furnished by the applicant under Rule 20.3(b), 20.5*bis*(b), 20.5*bis*(c) or 20.6(a) and any part of the description, claims or drawings furnished by the applicant under Rule 20.5(b), 20.5(c), 20.5*bis*(b), 20.5*bis*(c) or 20.6(a) which is considered to have been contained in the international application under Rule 20.6(b).

(a-*ter*) to (d) [*No change*]

55.3 [*No change*]

55.2 *Traduction de la demande internationale*

a) [*Sans changement*]

a-*bis*) Une traduction de la demande internationale dans une langue visée à l'alinéa a) doit comprendre tout élément mentionné à l'article 11.1)iii)d) ou e) remis par le déposant en vertu de la règle 20.3.b), 20.5*bis*.b), 20.5*bis*.c) ou 20.6.a) et toute partie de la description, des revendications ou des dessins remise par le déposant en vertu de la règle 20.5.b), 20.5.c), 20.5*bis*.b), 20.5*bis*.c) ou 20.6.a) qui est considérée comme figurant dans la demande internationale selon la règle 20.6.b).

a-*ter*) à d) [*Sans changement*]

55.3 [*Sans changement*]

55.2 *Übersetzung der internationalen Anmeldung*

a) [*Unverändert*]

a-*bis*) Eine Übersetzung der internationalen Anmeldung in eine in Absatz a genannte Sprache muss jeden vom Anmelder nach Regel 20.3 Absatz b, 20.5*bis* Absatz b, 20.5*bis* Absatz c oder 20.6 Absatz a eingereichten in Artikel 11 Absatz 1 Ziffer iii Buchstabe d oder e genannten Bestandteil und jeden nach Regel 20.5 Absatz b, 20.5 Absatz c, 20.5*bis* Absatz b, 20.5*bis* Absatz c oder 20.6 Absatz a vom Anmelder eingereichten Teil der Beschreibung, der Ansprüche oder der Zeichnungen enthalten, der als in der internationalen Anmeldung nach Regel 20.6 Absatz b enthalten gilt.

a-*ter*) bis d) [*Unverändert*]

55.3 [*Unverändert*]

Rule 57

The Handling Fee

57.1 [*No change*]

57.2 *Amount; Transfer*

(a) and (b) [*No change*]

(c) Where the prescribed currency is the Swiss franc, the Authority shall transfer the said fee to the International Bureau in Swiss francs in accordance with Rule 96.2.

(d) Where the prescribed currency is a currency other than the Swiss franc and that currency:

(i) is freely convertible into Swiss francs, the Director General shall establish, for each Authority which prescribes such a currency for the payment of the handling fee, an equivalent amount of that fee in the prescribed currency according to directives given by the Assembly, and the amount in that currency shall be transferred by the Authority to the International Bureau in accordance with Rule 96.2;

(ii) is not freely convertible into Swiss francs, the Authority shall be responsible for the conversion of the handling fee from the prescribed currency into Swiss francs and shall transfer that fee in Swiss francs, in the amount set out in the Schedule of Fees, to the International Bureau in accordance with Rule 96.2. Alternatively, if the Authority so wishes, it may convert the handling fee from the prescribed currency into euros or US dollars and transfer the equivalent amount of that fee in euros or US dollars, as established by the Director General according to directives given by the Assembly as referred to in item (i), to the International Bureau in accordance with Rule 96.2.

57.3 and 57.4 [*No change*]

Règle 57

Taxe de traitement

57.1 [*Sans changement*]

57.2 *Montant ; transfert*

a) et b) [*Sans changement*]

c) Lorsque la monnaie prescrite est le franc suisse, l'administration transfère ladite taxe au Bureau international en francs suisses conformément à la règle 96.2.

d) Lorsque la monnaie prescrite est une monnaie autre que le franc suisse et que cette monnaie :

i) est librement convertible en francs suisses, le Directeur général établit, pour chaque administration qui prescrit le paiement de la taxe de traitement dans cette monnaie, un montant équivalent de cette taxe dans la monnaie prescrite conformément aux directives énoncées par l'Assemblée, et le montant dans cette monnaie est transféré par l'administration au Bureau international conformément à la règle 96.2 ;

ii) n'est pas librement convertible en francs suisses, l'administration est chargée de convertir en francs suisses le montant de la taxe de traitement exprimé dans la monnaie prescrite et elle transfère au Bureau international le montant de cette taxe en francs suisses indiqué dans le barème de taxes conformément à la règle 96.2. Ou alors, si l'administration le souhaite, elle peut convertir en euros ou en dollars des États-Unis la taxe de traitement exprimée dans la monnaie prescrite et transférer au Bureau international, conformément à la règle 96.2, le montant équivalent de cette taxe en euros ou en dollars des États-Unis établi par le Directeur général conformément aux directives énoncées par l'Assemblée mentionnées au point i).

57.3 et 57.4 [*Sans changement*]

Regel 57

Bearbeitungsgebühr

57.1 [*Unverändert*]

57.2 *Betrag; Überweisung*

a) und b) [*Unverändert*]

c) Ist die vorgeschriebene Währung der Schweizer Franken, so überweist die Behörde die genannte Gebühr in Übereinstimmung mit Regel 96.2 in Schweizer Franken an das Internationale Büro.

d) Ist die vorgeschriebene Währung nicht der Schweizer Franken, sondern eine andere Währung,

i) die frei in Schweizer Franken umwechselbar ist, so setzt der Generaldirektor für jede Behörde, die für die Zahlung der Bearbeitungsgebühr eine solche Währung vorschreibt, gemäß den Weisungen der Versammlung einen Gegenwert dieser Gebühr in der vorgeschriebenen Währung fest, und die Behörde überweist den Betrag in Übereinstimmung mit Regel 96.2 in dieser Währung an das Internationale Büro;

ii) die nicht frei in Schweizer Franken umwechselbar ist, so ist die Behörde für das Umwechseln der Bearbeitungsgebühr von der vorgeschriebenen Währung in Schweizer Franken verantwortlich und überweist den im Gebührenverzeichnis angegebenen Betrag dieser Gebühr in Übereinstimmung mit Regel 96.2 in Schweizer Franken an das Internationale Büro. Stattdessen kann die Behörde die Bearbeitungsgebühr auch von der vorgeschriebenen Währung in Euro oder US-Dollar umwechseln und den vom Generaldirektor nach Ziffer i gemäß den Weisungen der Versammlung festgesetzten Gegenwert dieser Gebühr in Übereinstimmung mit Regel 96.2 in Euro oder US-Dollar an das Internationale Büro überweisen.

57.3 und 57.4 [*Unverändert*]

Rule 71

Transmittal of the International Preliminary Examination Report and Related Documents

71.1 *Recipients*

(a) The International Preliminary Examining Authority shall, on the same day, transmit one copy of the international preliminary examination report and its annexes, if any, to the International Bureau, and one copy to the applicant.

(b) The International Preliminary Examining Authority shall transmit copies of other documents from the file of the international preliminary examination to the International Bureau in accordance with the Administrative Instructions.

71.2 [*No change*]

Règle 71

Transmission du rapport d'examen préliminaire international et de documents connexes

71.1 *Destinataire*

a) L'administration chargée de l'examen préliminaire international transmet, le même jour, au Bureau international et au déposant une copie du rapport d'examen préliminaire international et, le cas échéant, de ses annexes.

b) L'administration chargée de l'examen préliminaire international transmet au Bureau international des copies d'autres documents du dossier de l'examen préliminaire international conformément aux instructions administratives.

71.2 [*Sans changement*]

Regel 71

Übersendung des internationalen vorläufigen Prüfungsberichts und zugehöriger Unterlagen

71.1 *Empfänger*

a) Je eine Ausfertigung des internationalen vorläufigen Prüfungsberichts und seiner etwa vorhandenen Anlagen übersendet die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde am gleichen Tag dem Internationalen Büro und dem Anmelder.

b) Kopien anderer Unterlagen aus der Akte der internationalen vorläufigen Prüfung übersendet die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde dem Internationalen Büro in Übereinstimmung mit den Verwaltungsvorschriften.

71.2 [*Unverändert*]

Rule 82*ter*

Rectification of Errors Made by the Receiving Office or by the International Bureau

82*ter*.1 *Errors Concerning the International Filing Date and the Priority Claim*

(a) [*No change*]

(b) Where the international filing date has been accorded by the receiving Office under Rule 20.3(b)(ii), 20.5(d) or 20.5*bis*(d) on the basis of the incorporation by reference under Rules 4.18 and 20.6 of an element or part but the designated or elected Office finds that:

(i) the applicant has not complied with Rule 17.1(a), (b) or (b-*bis*) in relation to the priority document;

(ii) a requirement under Rule 4.18, 20.6(a)(i) or 51*bis*.1(e)(ii) has not been complied with; or

(iii) the element or part is not completely contained in the priority document concerned;

the designated or elected Office may, subject to paragraph (c), treat the international application as if the international filing date had been accorded under Rule 20.3(b)(i), 20.5(b) or 20.5*bis*(b), or corrected under Rule 20.5(c) or 20.5*bis*(c), as applicable, provided that Rule 17.1(c) shall apply *mutatis mutandis*.

(c) The designated or elected Office shall not treat the international application under paragraph (b) as if the international filing date had been accorded under Rule 20.3(b)(i), 20.5(b) or 20.5*bis*(b), or corrected under Rule 20.5(c) or 20.5*bis*(c), without giving the applicant the opportunity to make observations on the intended treatment, or to make

Règle 82*ter*

Rectification d'erreurs commises par l'office récepteur ou par le Bureau international

82*ter*.1 *Erreurs concernant la date du dépôt international et la revendication de priorité*

a) [*Sans changement*]

b) Lorsque la date du dépôt international a été attribuée par l'office récepteur en vertu de la règle 20.3.b)ii), 20.5.d) ou 20.5*bis*.d) sur la base de l'incorporation par renvoi d'un élément ou d'une partie en vertu des règles 4.18 et 20.6, mais que l'office désigné ou élu constate

i) que le déposant ne s'est pas conformé aux dispositions de la règle 17.1.a), b) ou b-*bis*) relatives au document de priorité,

ii) qu'une condition visée à la règle 4.18, 20.6.a)i) ou 51*bis*.1.e)ii) n'a pas été remplie, ou

iii) que cet élément ou cette partie ne figure pas intégralement dans le document de priorité en question,

cet office peut, sous réserve de l'alinéa c), instruire la demande internationale comme si la date du dépôt international avait été attribuée en vertu de la règle 20.3.b)i), 20.5.b) ou 20.5*bis*.b), ou corrigée en vertu de la règle 20.5.c) ou 20.5*bis*.c), selon le cas, à condition que la règle 17.1.c) s'applique *mutatis mutandis*.

c) L'office désigné ou élu n'instruit pas la demande internationale visée à l'alinéa b) comme si la date du dépôt international avait été attribuée en vertu de la règle 20.3.b)i), 20.5.b) ou 20.5*bis*.b), ou avait été corrigée en vertu de la règle 20.5.c) ou 20.5*bis*.c), sans donner au déposant la possibilité de formuler des observations sur l'instruction

Regel 82*ter*

Berichtigung von Fehlern des Anmeldeamts oder des Internationalen Büros

82*ter*.1 *Fehler hinsichtlich des internationalen Anmeldedatums oder des Prioritätsanspruchs*

a) [*Unverändert*]

b) Wurde das internationale Anmeldedatum vom Anmeldeamt nach Regel 20.3 Absatz b Ziffer ii, 20.5 Absatz d oder 20.5*bis* Absatz d aufgrund der Einbeziehung eines Bestandteils oder Teils durch Verweis nach den Regeln 4.18 und 20.6 zuerkannt, stellt jedoch das Bestimmungsamt oder das ausgewählte Amt fest, dass

i) der Anmelder die Erfordernisse der Regel 17.1 Absatz a, b oder b-*bis* hinsichtlich des Prioritätsbelegs nicht erfüllt hat,

ii) ein Erfordernis nach Regel 4.18, 20.6 Absatz a Ziffer i oder 51*bis*.1 Absatz e Ziffer ii nicht erfüllt ist oder

iii) der Bestandteil oder Teil nicht vollständig im betreffenden Prioritätsbeleg enthalten ist,

so kann das Bestimmungsamt oder das ausgewählte Amt vorbehaltlich des Absatzes c die internationale Anmeldung so behandeln, als ob das internationale Anmeldedatum nach Regel 20.3 Absatz b Ziffer i, 20.5 Absatz b oder 20.5*bis* Absatz b zuerkannt bzw. nach Regel 20.5 Absatz c oder 20.5*bis* Absatz c berichtigt worden wäre, mit der Maßgabe, dass Regel 17.1 Absatz c entsprechend Anwendung findet.

c) Das Bestimmungsamt oder das ausgewählte Amt darf die internationale Anmeldung nach Absatz b nicht so behandeln, als ob das internationale Anmeldedatum nach Regel 20.3 Absatz b Ziffer i, 20.5 Absatz b oder 20.5*bis* Absatz b zuerkannt bzw. nach Regel 20.5 Absatz c oder 20.5*bis* Absatz c berichtigt worden wäre, ohne dem Anmel-

a request under paragraph (d), within a time limit which shall be reasonable under the circumstances.

(d) Where the designated or elected Office, in accordance with paragraph (c), has notified the applicant that it intends to treat the international application as if the international filing date had been corrected under Rule 20.5(c) or 20.5*bis*(c), the applicant may, in a notice submitted to that Office within the time limit referred to in paragraph (c), request that the missing part concerned, or the correct element or part concerned, be disregarded for the purposes of national processing before that Office, in which case that missing part, or that correct element or part, shall be considered not to have been furnished and that Office shall not treat the international application as if the international filing date had been corrected.

ainsi envisagée, ou de présenter une requête conformément à l'alinéa d), dans un délai qui doit être raisonnable en l'espèce.

d) Lorsque l'office désigné ou élu, conformément à l'alinéa c), a notifié au déposant qu'il a l'intention d'instruire la demande internationale comme si la date du dépôt international avait été corrigée en vertu de la règle 20.5.c) ou 20.5*bis*.c), le déposant peut, dans une communication adressée à l'office dans le délai prévu à l'alinéa c), demander qu'il ne soit pas tenu compte de la partie manquante concernée, ou de l'élément correct ou de la partie correcte concerné, aux fins du traitement national auprès de cet office, auquel cas ladite partie manquante, ou l'élément correct ou la partie correcte, est considéré comme n'ayant pas été remis et cet office n'instruit pas la demande internationale comme si la date du dépôt international avait été corrigée.

der innerhalb einer den Umständen nach angemessenen Frist die Gelegenheit zu geben, zu der beabsichtigten Behandlung Stellung zu nehmen oder einen Antrag nach Absatz d zu stellen.

d) Hat das Bestimmungsamt oder das ausgewählte Amt dem Anmelder nach Absatz c mitgeteilt, dass es beabsichtigt, die internationale Anmeldung so zu behandeln, als ob das internationale Anmeldedatum nach Regel 20.5 Absatz c oder 20.5*bis* Absatz c berichtigt worden wäre, so kann der Anmelder in einer bei diesem Amt innerhalb der in Absatz c genannten Frist eingereichten Mitteilung beantragen, dass der betreffende fehlende Teil oder der betreffende richtige Bestandteil oder Teil für das nationale Verfahren vor diesem Amt nicht berücksichtigt wird; in diesem Fall gilt dieser fehlende Teil oder dieser richtige Bestandteil oder Teil als nicht eingereicht, und das Amt wird die internationale Anmeldung nicht so behandeln, als ob das internationale Anmeldedatum berichtigt worden wäre.

Rule 82*quater*

Excuse of Delay in Meeting Time Limits

82*quater*.1 [*No change*]

82*quater*.2 *Unavailability of Electronic Means of Communication at the Office*

(a) Any national Office or intergovernmental organization may provide that, where a time limit fixed in the Regulations for performing an action before that Office or organization is not met due to the unavailability of any of the permitted electronic means of communication at that Office or organization, delay in meeting that time limit shall be excused, provided that the respective action was performed on the next working day on which the said electronic means of communication were available. The Office or organization concerned shall publish information on any such unavailability including the period of the unavailability, and notify the International Bureau accordingly.

(b) The excuse of a delay in meeting a time limit under paragraph (a) need not be taken into account by any designated or elected Office before which the applicant, at the time the information referred to in paragraph (a) is published, has already performed the acts referred to in Article 22 or Article 39.

Règle 82*quater*

Excuse de retard dans l'observation de délais

82*quater*.1 [*Sans changement*]

82*quater*.2 *Indisponibilité des moyens de communication électronique au sein de l'office*

a) Tout office national ou organisation intergouvernementale peut prévoir que, lorsqu'un délai prévu dans le règlement d'exécution pour l'accomplissement d'un acte devant cet office ou cette organisation n'est pas observé en raison de l'indisponibilité d'un moyen de communication électronique autorisé au sein de cet office ou de cette organisation, le retard dans l'observation de ce délai est excusé, à condition que cet acte soit accompli le jour ouvrable suivant celui où ledit moyen de communication électronique est disponible. L'office ou l'organisation concerné publie des informations sur ladite indisponibilité, notamment en ce qui concerne sa durée, et en informe le Bureau international.

b) L'excuse du retard dans l'observation d'un délai en vertu de l'alinéa a) n'a pas à être prise en considération par un office désigné ou élu devant lequel le déposant, au moment de la publication des informations mentionnées à l'alinéa a), a déjà accompli les actes visés à l'article 22 ou à l'article 39.

Regel 82*quater*

Entschuldigung von Fristüberschreitungen

82*quater*.1 [*Unverändert*]

82*quater*.2 *Nichtverfügbarkeit elektronischer Kommunikationsmittel im Amt*

a) Das nationale Amt oder die zwischenstaatliche Organisation kann bei Überschreitung einer in der Ausführungsordnung festgesetzten Frist zur Vornahme einer Handlung vor diesem Amt oder dieser Organisation aufgrund der Nichtverfügbarkeit eines der zugelassenen elektronischen Kommunikationsmittel bei diesem Amt oder dieser Organisation bestimmen, diese Fristüberschreitung zu entschuldigen, vorausgesetzt, dass die betreffende Handlung am darauffolgenden Werktag, an dem dieses elektronische Kommunikationsmittel wieder verfügbar war, vorgenommen wurde. Das betreffende Amt oder die betreffende Organisation veröffentlicht Angaben über diese Nichtverfügbarkeit einschließlich des Zeitraums der Nichtverfügbarkeit und unterrichtet das Internationale Büro entsprechend.

b) Die Entschuldigung der Fristüberschreitung nach Absatz a muss von einem Bestimmungsamt oder ausgewählten Amt nicht berücksichtigt werden, wenn der Anmelder die in Artikel 22 oder 39 genannten Handlungen zu dem Zeitpunkt, zu dem die Angaben nach Absatz a veröffentlicht werden, bereits vor diesem Amt vorgenommen hat.

Rule 94

Access to Files

94.1 *Access to the File Held by the International Bureau*

(a) and (b) [*No change*]

(c) The International Bureau shall, if so requested by an elected Office, but not before the international preliminary examina-

Règle 94

Accès aux dossiers

94.1 *Accès au dossier détenu par le Bureau international*

a) et b) [*Sans changement*]

c) Sur requête d'un office élu mais pas avant l'établissement du rapport d'examen préliminaire international, le Bureau interna-

Regel 94

Akteneinsicht

94.1 *Akteneinsicht beim Internationalen Büro*

a) und b) [*Unverändert*]

c) Auf Antrag eines ausgewählten Amts stellt das Internationale Büro im Namen dieses Amts, jedoch nicht vor Erstellung

Bundesanzeiger Verlag GmbH · Postfach 10 05 34 · 50445 Köln
G 1998 · PVST · Deutsche Post AG · Entgelt bezahlt

tion report has been established, furnish on behalf of that Office copies under paragraph (b) of any document transmitted to it under Rule 71.1(a) or (b) by the International Preliminary Examining Authority. The International Bureau shall promptly publish details of any such request in the Gazette.

(d) to (g) [*No change*]

94.1*bis* to 94.3 [*No change*]

Rule 96

The Schedule of Fees; Receipt and Transfer of Fees

96.1 [*No change*]

96.2 *Notification of Receipt of Fees; Transfer of Fees*

(a) For the purposes of this Rule, "Office" shall mean the receiving Office (including the International Bureau acting as receiving Office), the International Searching Authority, an Authority specified for supplementary international search, the International Preliminary Examining Authority or the International Bureau.

(b) Where, in accordance with these Regulations or the Administrative Instructions, a fee is collected by one Office ("collecting Office") for the benefit of another Office ("beneficiary Office"), the collecting Office shall promptly notify the receipt of each such fee in accordance with the Administrative Instructions. Upon receipt of the notification, the beneficiary Office shall proceed as if it had received the fee on the date on which the fee was received by the collecting Office.

(c) The collecting Office shall transfer any fees collected for the benefit of a beneficiary Office to that Office in accordance with the Administrative Instructions.

tional délivre au nom de cet office les copies visées à l'alinéa b) de tout document qui lui a été transmis en vertu de la règle 71.1a) ou b) par l'administration chargée de l'examen préliminaire international. Le Bureau international publie à bref délai dans la gazette les informations relatives à toute requête de ce type.

d) à g) [*Sans changement*]

94.1*bis* à 94.3 [*Sans changement*]

Règle 96

Barème de taxes ; perception et transfert de taxes

96.1 [*Sans changement*]

96.2 *Notification de la perception de taxes ; transfert de taxes*

a) Aux fins de la présente règle, le terme « office » s'entend de l'office récepteur (y compris le Bureau international agissant en tant qu'office récepteur), de l'administration chargée de la recherche internationale, d'une administration indiquée pour la recherche supplémentaire, de l'administration chargée de l'examen préliminaire international ou du Bureau international.

b) Lorsque, en vertu du présent règlement d'exécution ou des instructions administratives, une taxe est perçue par un office (« office percepteur ») au profit d'un autre office (« office bénéficiaire »), l'office percepteur notifie à bref délai la réception de cette taxe conformément aux instructions administratives. À la réception de la notification, l'office bénéficiaire procède comme s'il avait reçu la taxe à la date à laquelle la taxe a été reçue par l'office percepteur.

c) L'office percepteur transfère à l'office bénéficiaire les taxes perçues à son profit conformément aux instructions administratives.

des internationalen vorläufigen Prüfungsberichts, Kopien nach Absatz b jeder Unterlage zur Verfügung, die ihm nach Regel 71.1 Absatz a oder b von der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde übermittelt wurde. Das Internationale Büro veröffentlicht die Einzelheiten eines solchen Antrags unverzüglich im Blatt.

d) bis g) [*Unverändert*]

94.1*bis* bis 94.3 [*Unverändert*]

Regel 96

Gebührenverzeichnis; Erhalt und Überweisung von Gebühren

96.1 [*Unverändert*]

96.2 *Mitteilung über den Erhalt von Gebühren; Überweisung von Gebühren*

a) Im Sinne dieser Regel bedeutet „Amt" das Anmeldeamt (einschließlich des als Anmeldeamt handelnden Internationalen Büros), die Internationale Recherchenbehörde, eine für die ergänzende Recherche bestimmte Behörde, die mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde oder das Internationale Büro.

b) Beim Einzug einer Gebühr durch ein Amt („gebühreneinziehendes Amt") zugunsten eines anderen Amts („begünstigtes Amt") in Übereinstimmung mit dieser Ausführungsordnung bzw. den Verwaltungsvorschriften teilt das gebühreneinziehende Amt in Übereinstimmung mit den Verwaltungsvorschriften den Eingang einer solchen Gebühr unverzüglich mit. Mit Eingang der Mitteilung verfährt das begünstigte Amt, als ob es die Gebühr an dem Datum, an dem die Gebühr beim gebühreneinziehenden Amt eingegangen ist, erhalten hätte.

c) Das gebühreneinziehende Amt überweist alle Gebühren, die zugunsten eines begünstigten Amts eingezogen wurden, in Übereinstimmung mit den Verwaltungsvorschriften an dieses Amt.